



Zukunft Demokratie!

Erfolge, Baustellen, Herausforderungen

Editorial	3
------------------------	----------



Demokratie und Kommunikation

Demokratie, Kirche, politische Bildung – wie geht das zusammen?	4
Die Parteien brauchen unbedingt ein Update	9
Mit kritischer Medienbildung präventiv gegen Propaganda und Desinformation arbeiten	10
Des Kaisers neue Realität. Ein Zwischenruf	12
Die Demokratie ist genau die richtige Antwort auf die Krise	13
Gut vorbereitet in eine polarisierte Debatte	15



Demokratie und Jugend

Eine Konstante im dynamischen Kampf gegen die Klimakrise	16
Gemeinsam Kontrapunkte zum Alltag abgehängter Jugendlicher setzen	18
Die demokratische Dimension der Jogginghose	21
Jugendbegegnung ist immer politische Jugendbildung	23



Demokratie und Inklusion

Als Weiße Verbündete sein, durch und durch	24
Gemeinsam den langen Weg Richtung Inklusion gehen	26
Politische Bildungsarbeit im Strafvollzug – vergebene Liebesmüh?	30

Impressum und Bildnachweise	31
--	-----------

Termine	32
----------------------	-----------

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Zukunft der Demokratie? Nicht von ungefähr sind in den letzten Jahren eine Reihe von Studien herausgekommen, die von einer weltweiten Gefährdung der Demokratie ausgehen. Und auch hierzulande wächst die Verunsicherung, wie die Diskussion um ein sogenanntes „Wehrhafte-Demokratie-Gesetz“ andeutet, das ursprünglich mal als Demokratiefördergesetz geplant war.

Grund genug, dass sich die AKSB auf ihrer Jahrestagung im November in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln mit dem Thema der „Zukunft der liberalen Demokratie“ auseinandersetzen wird. Zu diesem Zeitpunkt wird ein weiteres Superwahljahr hinter uns liegen und die Karten werden wieder neu gemischt. Diese Ausgabe von *AKSB-inform* macht mit Beispielen aus der Bildungspraxis der AKSB einen ersten Aufschlag, was politische Bildung konkret für Demokratie leisten kann.

Zu Weihnachten hatte mir der AKSB-Vorstand das Buch „Freiheitsgrade“ von Christoph Möllers auf den Gabentisch gelegt. Ein Geschenk mit hohem Fortbildungscharakter, wie ich jetzt im Frühsommer feststellen kann. Das Buch des Professors für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin hat es für die politische Bildung in sich. Nicht auf den ersten und den zweiten Blick, aber auf den dritten. Denn Möllers verlässt eingetretene Pfade und im unbekannten Gelände ist es anstrengender.

Dazu eine Kostprobe aus seinen Maximen für „liberal-demokratische Partisanen“: „Die politische Ordnung, deine Freiheit, beruht nicht einfach auf den Wissenschaften, der kompetenten, wohlwollenden und unbestechlichen Administration, der freien Presse und einer unabhängigen Justiz. Genauso gut gilt umgekehrt: Ohne Mehrheiten, denen etwas an solchen Institutionen liegt, oder die sie zumindest nicht bekämpfen, können diese Institutionen nicht arbeiten. Wer solche Institutionen will, muss



sie politisch pflegen und darf sie nicht zum Anlass nehmen, Politik zu meiden.“ (S. 276)

Übersetzt auf die Situation der politischen Bildung, zumal nach dem 16. Kinder- und Jugendbericht: Auch die politische Bildung muss sich stärker als bisher ihrer Funktion im Politikbetrieb bewusst werden und Verbündete für ihre Sache suchen. Sie schwebt nicht interessenlos über den Dingen, sondern sie muss sich in die Auseinandersetzung hineinbegeben, um gehört zu werden. Das gilt auch innerkirchlich. In diesem *AKSB-inform* kommen dazu vier Stimmen zu Wort, die wir gerne einmal gemeinsam an einen Tisch gebracht hätten, was aus Gründen der Pandemie nicht möglich war.

Denn das ersehnen wir alle: dass es wieder unter Volllast los geht in unseren Häusern und Einrichtungen! Mit allen Mitgliedern hoffen wir zum Sommer auf Präsenz, auf reale Rede und Gegenrede und auf persönlichen Austausch von Angesicht zu Angesicht.

Herzlich

Ihr
Dr. Karl Weber
Geschäftsführer

Demokratie, Kirche, politische Bildung – wie geht das zusammen?

Fünf Fragen an vier Menschen, die sich in unterschiedlichen Rollen an der Nahtstelle zwischen Kirche und Gesellschaft engagieren.

Wie beurteilen Sie den Zustand der deutschen Demokratie im Jahr 2021? Wo sehen Sie die wichtigsten Aufgaben für Institutionen und Zivilgesellschaft?

Frank: Unsere Demokratie hat sich in der Pandemie bewährt. In einer grimmigen Paradoxie bringen das gerade diejenigen zum Ausdruck, die fortwährend und lautstark das Gegenteil behaupten: „Querdenker“ dürfen in diesem Land nicht nur verquer denken, sondern auch demonstrieren. Die Gewaltenteilung funktioniert, Meinungs- und Pressefreiheit sind gewährleistet, Machtkontrolle findet statt. In den Medien, angeblich von der Regierung „gleichgeschaltet“, wird eben diese Regierung in ihrem Handeln unablässig auf den Prüfstand gestellt und kritisiert. Entscheidend für die Zukunft der demokratischen Institutionen ist die Stabilität der Währung „Vertrauen“. Armin Laschet hat es in seiner Bewerbungsrede für den CDU-Vorsitz mit der Bergmannsmarke seines Vaters illustriert – als Symbol, dass „auf den Mann Verlass ist“. Die größte Gefahr geht von einer grassierenden Unkultur der Desinformation, der Verunglimpfung, Herabsetzung und Delegitimierung nicht nur, aber vor allem im Netz aus. Ihr entgegenzutreten, ist demgegenüber der wichtigste Dienst an einer Kultur des Vertrauens.

Faber-Ruffing: Die Herausforderungen, die unsere Gesellschaft momentan bewältigen muss, sind immens – und die gegenwärtige Pandemie befördert dabei nur die Offenlegung, ist aber nicht die Ursache. Ich denke unter anderem an das zunehmende Erstarren national gesinnter Kräfte, Radikalisierungen im Denken, in der Sprache und im Handeln. Gleichzeitig erlebe ich ein Desinteresse an globalen Problemen und Zusammenhängen. Auch an Kirche. Egoistisches Verhalten in allen Bereichen gibt den Ton an. Hauptsache, mir und meiner Gruppe geht es gut. Ich stimme dem tschechischen Religionsphilosophen und Priester Tomas Halik zu, wenn er sagt, dass politische Ignoranz eine Sünde sei. Nur wenn wir uns einmischen und als Christen Verantwortung übernehmen – und das ist für mich die Umsetzung des Evangeliums – kann es gelingen, diese Egoismen zu überwinden und in Solidarität alle in unserer Gesellschaft mitzunehmen und niemanden abzuhängen. Und da dürfen wir den Anschluss nicht verlieren. Es eilt.

Ordowski: Wir stehen vor vielen großen Herausforderungen und müssen unsere Demokratie dafür stärken. Die Corona-Krise trifft alle Menschen, aber sie trifft sie unterschiedlich und dies führt zu Rissen: innerstaatlich, aber auch zwischen Staaten. Und dabei



ist die Pandemie nur eine der Krisen, die wir als Gesellschaft bewältigen müssen, neben der Klimakrise und dem Artensterben. Wir müssen in diesem Jahr mit der Bundestagswahl beweisen, wie stark unsere Demokratie sein kann und müssen für sie eintreten. Unsere Gesellschaft muss beweisen, wie wichtig uns Mitbestimmung ist und Parteien wählen, für die Demokratie ein hohes Gut ist. Als Zivilgesellschaft ist es hier unsere Aufgabe, Menschen zu mobilisieren, ihr Recht einer freien Wahl wahrzunehmen und darüber hinaus Gesellschaft immer wieder mitzugestalten.

Overbeck: Demokratie baut auf Vertrauen auf. Das ist die Voraussetzung für ein solidarisches und friedliches Miteinander. Darum waren die letzten Monate auch ein Belastungstest für unsere Demokratie, den wir gemeinsam bestehen mussten. Trotz zahlreicher Versuche, dieses Vertrauen zu erschüttern, haben ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger sowie die allermeisten politischen Funktionsträger sehr besonnen und verantwortungsbewusst gehandelt. Daran wird deutlich, dass Demokratie neben geschriebenen auch von ungeschriebenen Voraussetzungen lebt, die sich als Formen einer „demokratischen Sittlichkeit“ beschreiben lassen. Diese Formen stärken unser Vertrauen in die Demokratie und prägen die Gestalt von Institutionen.

Welche Rolle messen Sie der katholischen Kirche in dieser Herausforderung bei? Wie wird sie die Glaubwürdigkeit und die Kraft dazu aufbringen können?

Overbeck: Die Zivilgesellschaft ist der wesentliche Ort, um eine solche „demokratische Sittlichkeit“ zu leben, zu pflegen und zu diskutieren. Dazu gehören Fairness, Respekt gegenüber dem politischen Gegner, Mut zur Kontroverse, Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung. Als Kirche haben wir im gemeinsamen Wort „Vertrauen in die Demokratie stärken“, das im Jahr 2019 vom Rat der EKD und der DBK veröffentlicht worden ist, unsere Verantwortung dafür zum Ausdruck gebracht. Wir müssen auch unser Selbstverständnis als Beteiligte im gesellschaftspolitischen Diskurs klären: Wer sich als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft versteht, darf dort in Wahrheits- und Geltungsfragen keine Sonderrechte beanspruchen.

Ordowski: Glaube kann ein verbindender Aspekt in einer Gesellschaft sein, solange wir ihn nicht zu einem Mittel der Exklusivität und Diskriminierung machen. Ich wünsche mir eine katholische Kirche, die Vorreiterin ist und Diskriminierung nicht toleriert, in der Gesellschaft, aber vor allem auch innerhalb der Kirche. Wir müssen als Kirche zugeben, dass wir mit den Diskriminierungen, die wir zulassen, einen Nährboden schaffen, denn viele nutzen die kirchlichen Botschaften, um menschenfeindlich zu agieren. Wie viele Ungerechtigkeiten könnten wir als Kirche beseitigen, wenn wir andere Botschaften in diese Welt senden würden, und wie viel glaubwürdiger würde uns das machen.



Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen, Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen in der Deutschen Bischofskonferenz, Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr



Bettina Faber-Ruffing, Diözesanvorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Deutschlands (kfd) im Bistum Fulda, Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)



Daniela Ordowski, Bundesvorsitzende der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB)



Joachim Frank, DuMont-Chefkorrespondent des „Kölner Stadt-Anzeiger“, Vorsitzender der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands GKP



Faber-Ruffing: In der gesellschaftlichen Gemengelage sehe ich die katholische Kirche als eine Art Kompassnadel, die die Richtung angeben sollte, in die wir gehen müssen. Die Nadel selber ist ständig in Bewegung, pendelt in einem gewissen Spielraum hin und her, erkennt die Realitäten unserer Lebenswelten an, bleibt aber auf Kurs. Sie ist nicht starr. *Ecclesia semper reformanda*. Das scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Mit welchen Überzeugungen und Wertvorstellungen wir uns in die Zukunft bewegen, das muss klar sein. Und da muss unsere Kirche und müssen unsere Bischöfe eine klare Richtung vorgeben, an der wir uns orientieren können. Das gelingt aber nur, wenn die Kirche selber verlässlich, glaubwürdig und mutig ist, das heißt, wenn wir den einzuschlagenden Weg als zukunftsweisend und erfolgreich verifizieren können. Dieser Weg muss die Menschen mitnehmen und sich an ihren Bedürfnissen und ihrem Wohl orientieren, sonst ist er zu nichts nütze und es werden andere Wege gesucht. Und da muss die Kirche ans Eingemachte: das Kirchenrecht.

Frank: Ich fürchte, dass die Kirchen derzeit ihre Rolle als zugleich konsensstiftende Kraft und kritisches Gegenüber aufs Spiel setzen. Statt „für andere da“ zu sein, was Dietrich Bonhoeffer als konstitutives Moment der Kirche beschrieben hat, verlieren sich die Kirchen in Selbstreferentialität, Selbstverteidigung und Selbsterhalt. Am deutlichsten wird das im Umgang mit dem Missbrauchsskandal. Entgegen allfälligen Beteuerungen haben offenbar sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche auf ihren Leitungsebenen den Ernst der Lage immer noch nicht verstanden. Der Glaubwürdigkeitsverlust hat Treibsandeffekt: Nichts behält mehr festen Stand. Und selbst die Klage, wie wichtig die Kirchen und ihre Botschaft „eigentlich“ wären, trennt sich mehr und mehr von einer echten Verlusterfahrung und wird zu einer Art von nostalgischem Seufzer. Was dagegen zu tun wäre? Das ist die Eine-Million-Euro-Frage. Ein Antwortversuch, der sicher nicht so viel wert ist, lautet: die Bibel zur Hand nehmen und bei Jesus in die Schule gehen. Markus 10,43 könnte ein Anfang sein.

Auf Bundesebene wird eine Weiterentwicklung der Kirche auf Basis demokratischer Prinzipien und Normen verhandelt. Wie wird das erfolgreich sein können?



Overbeck: Wir stehen als Kirche gegenwärtig überall vor gewaltigen Herausforderungen, die es glaubhaft zu bewältigen gilt. Die Diskussion über Themen, die die Gläubigen in Deutschland bewegen, wird derzeit offen geführt, was sich auch auf dem Synodalen Weg widerspiegelt. Demokratische Verfahrensweisen, kritische Diskurse und Formen der Beteiligung gehören zu diesem Prozess, können und sollen aber nicht die sakramentale Grundstruktur der Kirche, ihre Dienste und Ämter und den Weg zu einer synodalen Kirche substituieren. Damit sind Chancen verbunden, aber auch Grenzen markiert, innerhalb derer eine ortskirchlich verantwortbare Reform unter den Bedingungen unserer Zeit gelingen kann. Dafür braucht es viel Vertrauen, das es zu gewinnen gilt.

Ordowski: In den Jugendverbänden ist es für uns ganz selbstverständlich, dass wir Kirche leben anhand demokratischer Strukturen. Wir wählen unserer Vorstände, und zwar auf Zeit, und müssen Rechenschaft ablegen. Das sind für uns Prinzipien, die Macht kontrollieren und dafür sorgen, dass Mitglieder ein Mitspracherecht haben. Die MHG-Studie hat deutlich gezeigt, dass wir Machtstrukturen aufbrechen müssen, um sexualisierte Gewalt zu verhindern und um dies zu erreichen, wurde der Synodale Weg ins Leben gerufen. Das dürfen wir nicht vergessen. Ich glaube deshalb, dass demokratische Strukturen in der Weiterentwicklung der Kirche eine sehr entscheidende Rolle spielen.



Jugendsynode 2018

Faber-Ruffing: Ausgangspunkt für den Synodalen Weg, der die Weiterentwicklung der Kirche im Blick hat, ist die Missbrauchsthematik. Sich den eigenen Unzulänglichkeiten zu stellen, sich ehrlich mit dem oder der anderen zu befassen und gemeinsam zu ringen, andere Meinungen zulassen, das sind demokratische Handlungsmuster, die wir auch innerhalb aller Kirchenstrukturen dringend benötigen. Dazu gehört das Wahrnehmen heutiger Realitäten, in erster Linie die Gleichstellung von Mann und Frau, die Anerkennung von pluralen Lebensentwürfen und die Öffnung hin zu den anderen christlichen Konfessionen und Religionen, zunehmend auch zu den nichtkirchlich gebundenen Menschen. Ich denke positiv und sehe den Synodalen Weg als Chance; er sollte den Anfang einer neuen Gesprächskultur markieren: wertschätzend, hörend, ernsthaft interessiert, ehrlich, von echten Bedürfnissen und dem Willen zur Veränderung geleitet. Starre Hierarchien finden heute keine Akzeptanz mehr. Das zeigt sich aktuell an den Reaktionen auf römische Verlautbarungen sehr deutlich.

Frank: Von der Zeit an, als das frühe Christentum sich in den griechisch-römischen Kulturkreis integrierte und sich das Denken des Hellenismus anverwandelte (ein Lieblingstopos des früheren Papstes Benedikt XVI.), waren seine Lern- und Anpassungsfähigkeit entscheidende Faktoren für den Erfolg der Kirche. Heute stellt der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat bestimmte Organisationsstrukturen der Kirche, die insbesondere im Codex Iuris Canonici scheinbar ehernes Gesetz sind, weit in den Schatten, wenn es um den Schutz von Grundrechten und individuellen Freiheiten oder um die Abwehr herrschaftlicher Willkür geht. Die Kirche wird sich institutionell nur behaupten können, wenn sie konstitutionell nicht hinter den Errungenschaften des modernen Verfassungsstaates bleibt.

Die katholische Kirche in Deutschland ist aufs Ganze gesehen in schlechter Verfassung. Wie gehen Sie persönlich mit Widersprüchen und Zerrissenheiten um?

Ordowski: Die Amtskirche ist definitiv in sehr schlechter Verfassung, da sie weiterhin den Schutz der Institution vor den Opferschutz stellt und damit auch an Glaubwürdigkeit verliert und ihrer Verantwortung nicht nachkommt. Es ist oft sehr schwer, mit dieser Zerrissenheit umzugehen: In einem Jugendverband aktiv zu sein, der sich stark für Menschenrechte einsetzt und dann in einer Kirche aktiv zu sein, die Menschenrechte so offen mit Füßen tritt. Ich bleibe, um diese Kirche zu verändern, um Diskriminierung zu beenden und nicht jenen das Feld zu überlassen, die die Kirche als exklusiv und realitätsfern sehen wollen. Mit Widersprüchen in dieser Kirche kann ich nur deshalb umgehen, weil ich offen gegen sie angehe. Solange ich kämpfe, kann ich bleiben.

Overbeck: Als Bischof begegnen mir diese Widersprüche und Zerrissenheiten täglich. Ich halte es für

klug, damit ehrlich und konstruktiv kritisch umzugehen, denn diese Mehrdeutigkeit ist faktisch in unserer Kirche einfach vorhanden. Die Diskussion über Fragen zu den Themen Macht, Partizipation und Gewaltenteilung, Geschlechtergerechtigkeit, Sexualität und Sexualmoral und priesterliche Lebensformen berührt und beschäftigt viele in unserer Kirche und darüber hinaus existentiell und führt bisweilen zu sehr verhärteten Positionen. Meine Aufgabe ist es, mit allen Gläubigen im Gespräch zu bleiben und ihre Perspektiven wertzuschätzen. Ein klares und deutliches Nein gibt es von mir dann, wenn Regeln des gegenseitigen Respekts verletzt werden und das Ringen um den rechten wie wahren Weg nicht mehr erkennbar bleibt.

Frank: Der „Herrgottswinkel“ war früher Ausdruck einer selbstverständlichen Präsenz von Glauben (und Kirche) im Leben einer Hausgemeinschaft. Ich nehme das Leben als katholischer Christ heute eher so wahr, dass es sich gegen das Selbstverständliche zu behaupten sucht, das da lautet: Auf vielem, was in dieser Kirche geschieht, liegt kein Segen. Vieles, was sie lehrt und verkündet, ist nicht heilsam oder – wie der Münsteraner Dogmatiker Michael Seewald ausführt – nicht „hoffnungsförmig“. Alles im Christentum, so Seewald, müsse sich daran messen lassen, ob Menschen daraus Hoffnung schöpfen können. Noch finde ich genug davon, zum Glück: bei klugen Theolog/-innen, empathischen Seelsorger/-innen, unermüdlich Engagierten. Ohne es zu wissen, halten sie mich davon ab, zu gehen. Wie viele es davon braucht? Genesis 18 ist eine Orientierungsgröße. Hoffentlich.

Faber-Ruffing: Die Uhr tickt: Noch drehe ich mit an verschiedenen Rädchen: im Katholikenrat, im ZdK, in der AG Verbände, in der kfd. Noch habe ich Kraft, zu drehen, weil andere mit anpacken und wir gemeinsam den Karren anschieben wollen. Wenn er irgendwann ganz im Matsch stecken bleiben sollte, bin ich nicht diejenige, die mit stecken bleibt. Dann werde ich andere Wege beschreiten. Dass ein solches Denken überhaupt möglich ist, hätte ich mir noch vor einigen Jahren nicht vorstellen können. Es zeigt, wie notwendig Reformen sind – und da ist die berechtigte Frage nach der Rolle von Frauen in unserer Kirche dringend zu klären.

Welche Rolle sehen Sie in diesem großen Spannungsfeld für katholisch getragene Einrichtungen der politischen Bildung? Können sie Brückenbauer sein?

Ordowski: Ich bin mir sicher, dass es mitunter unsere Aufgabe ist, Brücken zu bauen. Vor allem müssen wir Brücken bauen zur Realität. Wir müssen deutlich aufzeigen, dass die Institution Kirche nicht das Recht hat, mit der Diskriminierung fortzufahren, und dass wir eine Kirche brauchen, die Menschen wahrhaftig auf ihrem Lebensweg begleitet. Wir müssen uns gemeinsam mit den Menschen den Herausforderungen stellen, vermitteln und vor allem Mut machen, statt zu unterdrücken. Wir werden in den nächsten Jahren



Mut und Kraft brauchen, um unserer Schöpfungsverantwortung in der Klimakrise gerecht zu werden und eine Demokratie hochzuhalten, die allen ihr Mitspracherecht garantiert. Eine Kirche, die Menschen zusammenbringt.

Faber-Ruffing: Wir brauchen Brücken zwischen den verschiedenen Ebenen, die die Möglichkeit bieten, Themen herunterzubrechen, Menschen vor Ort aufmerksam zu machen auf Missstände, Entwicklungstrends und Denkmuster. Bildungshäuser haben die Möglichkeit, in räumlicher Nähe Kontakte herzustellen zwischen kompetenten Gesprächspartnern und dialoginteressierten Menschen und gleichzeitig auf Handlungsmöglichkeiten und Mitspieler/-innen hinzuweisen, sodass Menschen ihre Verantwortung für die Gestaltung der Welt wahrnehmen können. Die finanzielle Unterstützung von Bildungseinrichtungen ist deshalb ein unverzichtbarer Beitrag zur Demokratisierung.

Frank: Der vom Bochumer Pastoraltheologen Matthias Sellmann forcierte Begriff der „Fremdprophetie“ könnte für die Bildungsarbeit katholischer Einrichtungen inspirierend und weiterführend sein: Was wird außerhalb der Kirche, an ihr vorbei oder sogar gegen sie an Werten, Idealen, Stilen und Praktiken gelebt, die (auch) der Kirche gut täten? Katholische Akademien, Bildungsstätten, Tagungshäuser sollten Orte sein, an denen eine kreative Verunsicherung wichtiger ist als die Selbstvergewisserung und an denen das Infrage-

stellen dem (vorschnellen) Antworten vorausgeht. Katholische Bildungseinrichtungen sollten Plattformen sein, auf denen sich Personen und Positionen begegnen, die sonst auf getrennten Umlaufbahnen unterwegs sind. Das setzt ehrliches Interesse voraus – und Demut als die Kunst, von sich selbst absehen zu können.

Overbeck: Im säkularen Zeitalter der westlichen Gegenwartskultur dienen das Christentum und die Kirche so gut wie kaum mehr als legitimatorische Stütze einer Gesellschaft, in der sich die Bedingungen des Glaubens fundamental gewandelt haben. Die Frage, ob kirchliche Positionsbestimmungen öffentlich Relevanz entfalten und allgemein eher als Bereicherung einer pluralen Diskurslandschaft wahrgenommen werden, ist alles andere als trivial. Gerade hier kommt katholisch getragenen Einrichtungen der politischen Bildung eine Schlüsselrolle zu. Ein offener Dialog mit den Human-, Gesellschafts- und Naturwissenschaften und mit einer kritischen inner- und außerkirchlichen Öffentlichkeit braucht Akteure, die sich auf diesen Feldern souverän bewegen und mit Mut und Klarheit Stellung beziehen.

Die Parteien brauchen unbedingt ein Update

Wie sich Erstwähler/-innen politisch informieren und orientieren.

Ein Gespräch mit Freiwilligen, die sich an Einrichtungen der politischen Bildung engagieren

Das Superwahljahr 2021 zieht seine Bahnen. Wo stehen die Erstwählenden? Wie informieren sie sich? Welchen Zugang haben sie zur Parteiendemokratie? AKSB-inform hat mit vier jungen Freiwilligen gesprochen. Julia Krieger und Jana Bielzer engagieren sich in der Jugendakademie Walberberg in Bornheim, Julia Neder und Mike Rieger beim Franziskanischen Bildungswerk in Großkrotzenburg.

Nein. Zeitungen und Zeitschriften haben die Freiwilligen keine abonniert. Nachrichtensendungen und Politmagazine im Fernsehen schauen sie sich nicht regelmäßig an. Radio hören sie eigentlich auch nicht, außer es läuft in der Küche der Familie oder irgendwo auf der Arbeit. Ihr Tor zur Welt ist das Internet und dort bedienen sie sich besonders der Social Media. Wenn etwas zu recherchieren ist, wird die Suchmaschine angeworfen.

Ja. Die Freiwilligen sind interessiert. Sie abonnieren die digitalen Kanäle von Qualitätsmedien. Über den Ticker ihrer Social-media-Accounts bekommen sie so stundenaktuell mit, was auf der Welt geschieht. Sie bilden sich ihre Meinung, auch über die Interaktion mit Gleichaltrigen und Gleichgesinnten. Sie vertiefen sich in Podcasts. Wenn sie etwas besonders interessiert, bedienen sie sich aus Mediatheken und der großen Youtube-Bibliothek.

Sie schätzen an all dem, dass sie sich gezielt, schnell und kurzweilig informieren können. Natürlich sehen sie die Herausforderung, glaubwürdige von falschen Informationen zu unterscheiden. Das gilt vor allem für Postings, Fotos und Videos, die nicht von seriösen Redaktionen kommen. Hier braucht es ein gutes Gefühl und Augenmaß. Als Kriterium dient den Freiwilligen zum Beispiel, wie reißerisch Formulierungen daherkommen, und ein gesunder Menschenverstand hilft auch.

Sie sehen Vor- und Nachteile in dieser teils selbst, teils durch Algorithmen gesteuerten Medienwelt. Dass sie auf ihre Interessen und Neigungen zugeschnittene Informationen erhalten, sehen sie zunächst einmal positiv. Zu den abonnierten Quellen gehören auch Personen, Vereine, Institutionen, die an bestimmten Themen wie Klimawandel und Rassismus dranbleiben. Das sehen sie als Plus gegenüber einem etablierten Medienbetrieb, der ein Thema nach dem nächsten abhakt.



Die Möglichkeit, sich in die Kommentarspalten auf Social Media einzubringen, nehmen sie in der Regel nicht wahr. Manche schenken sich die erregten Debatten ganz, denn dort entzündeten sich rasch Unsachlichkeit, Beleidigungen, Hass. Manche engagieren sich darin, volksverhetzende Inhalte zu melden, sehen aber auch, dass es fast ein Kampf gegen Windmühlenflügel ist. Das Netz als Ort der direkten politischen Kommunikation scheidet für sie mehr oder weniger aus.

Lena Wacker,
Fachbereichsleitung
Kooperationen mit
Schulen, Jugend-
akademie Walberberg



Ulrike Maqua,
Jugendbildungs-
referentin bei
Franziskanisches
Bildungswerk e. V.,
Großkrotzenburg





Jana Bielzer

Julia Neder

Mike Rieger

Julia Krieger

Die digitalen Kanäle von Parteien haben die Freiwilligen nicht abonniert. Sie bekommen wenig mit von deren inhaltlichen Positionierungen. Die wenigsten parteipolitischen Auseinandersetzungen, die bekannt werden, drehen sich um Themen, die für die jüngeren Generationen relevant scheinen. Die Parteiprogramme sind in ihren Augen nicht für junge Menschen geeignet. Sie sollten allgemein verständlich geschrieben werden, nicht in Beamtensprache. Orientierung für die Wahlentscheidung geben eher digitale Angebote wie der Wahl-O-Mat. Fazit: Die Parteien brauchen ein Update.

Sie alle, die sich als Freiwillige im Umfeld der politischen Bildung engagieren, vermissen ihre Bildungseinrichtungen als Ort der politischen Kommunikation. Sie kennen teilweise die Zeit vor Corona, als Jugendgruppen und Schulklassen sich die Köpfe heiß

redeten über Fragen von Demokratie, Klimawandel, Gerechtigkeit. Wie sehr das fehlt, auch ihnen persönlich, wird im Gespräch deutlich, denn sie nutzen diese Chance, zu diskutieren. Zu verstehen, zu streiten und auszuhandeln gibt es so viel, zum Beispiel im Spannungsfeld von Pandemiebekämpfung und Grundrechten wie Demonstrationsfreiheit.

So langsam reicht es allen mit Corona. Sie selbst sind gut durch die Pandemie gekommen, hatten im Rahmen ihres Freiwilligendienstes Tagesstruktur, Aufgaben und Kolleg/-innen. Aber so manchem anderem, das wissen sie alle, entweder aus den Social Media oder aus persönlicher Erfahrung, ging es schlecht. Die Distanz, das Fehlen von direktem Austausch, von zwanglosem Miteinander mit Gleichaltrigen, setzt allen zu. Da ist jetzt eine schmerzliche Lücke in der eigenen Biografie.



Mit kritischer Medienbildung präventiv gegen Propaganda und Desinformation arbeiten

Die Bildungseinrichtungen sind immer stärker herausgefordert, die politische Kommunikation im digitalen Raum zu verstehen und zu begleiten – auch und gerade im Superwahljahr 2021

Unsere Gesellschaft digitalisiert sich immer stärker. Die Bedeutung elektronischer Medien wächst, ihre Nutzung verändert sich dynamisch. Ein Feld, bei dem sich aus Sicht der politischen Bildung die kontinuierliche Beobachtung und Bearbeitung lohnt. Schließlich übt es vielfältige Einflüsse auf die demokratische Entwicklung aus. Dieser Herausforderung stellen sich die AKSB, das Bonifatiushaus Fulda, die Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz und die Landesmedienanstalt Hessen in einer langjährigen Kooperation, die jetzt den Namen „Medienbildung – politisch und digital“ (#mepodi) trägt. Sie zeigen bei der Ausrichtung von Fachtagungen und Fachveröffentlichungen einen langen Atem. Im Gespräch mit AKSB-inform skizziert Markus Schuck, AKSB-Referent für politische Bildung, einige aktuelle Hintergründe.



In letzter Zeit stehen Negativentwicklungen wie Hassrede und Fake News im Vordergrund, wenn über digitale Kommunikation gesprochen wird. Wo verorten Sie sich bei diesem Thema?

Zunächst einmal müssen wir wertfrei feststellen, dass das Netz inzwischen ein ganz wichtiger Ort für die politische Kommunikation geworden ist. Die Menschen nutzen es, um sich zu informieren, sich zu orientieren. Davon machen sie zunehmend auch ihre Entscheidung bei demokratischen Wahlen abhängig. Das hat, weiterhin neutral gesprochen, Vor- und Nachteile. Im angelsächsischen Raum haben wir beides erleben können, denken Sie an den Wahlerfolg Obamas, aber auch an den Wahlerfolg Trumps, die beide in der Form ohne soziale Medien nicht denkbar waren. Auch andere politische Kampagnen haben ihre Wucht über digitale Medien entfaltet, wie die Blacklives-matter-Bewegung oder die Pro-Brexit-Kampagne. Diese wenigen Beispiele zeigen, wie bedeutsam es für politische Bildung ist, dieses Thema fortwährend bei ihrer Arbeit im Blick zu halten.

Wo liegen für Sie die wichtigsten Herausforderungen aus Sicht der politischen Bildung?

Gerade wegen der genannten zentralen Bedeutung des Netzes für die politische Meinungs- und Willensbildung ist die Stärkung der Medienkompetenz von herausragender Bedeutung. Viele Leute unterscheiden nicht stark genug zwischen seriösen und dubiosen Quellen, deren Beiträge stehen häufig gleich gewichtet nebeneinander in ihren Timelines und es fehlt häufig an Wissen und Gespür, das zu erkennen. Verfängt auch noch die demokratiezersetzende Agitation gegen etablierte Institutionen und Medien, ist es sogar so, dass die explizit seriösen Quellen als unseriös gewichtet werden. Ein großes Feld, zumal die politischen Kräfte, die populistische oder extreme Ziele verfolgen, ihre Propaganda und Falschinformationen immer geschickter gestalten. Es fällt oft gar nicht auf, dass hier Werte umgewertet und Desinformation betrieben wird, es kommt seriös daher.

Welche Entwicklungen beobachten Sie in diesem Superwahljahr?

Der Ton wird rauer im Netz, es wird sich rasch vergriffen. Rund um Corona setzt sich fort, was man vorher in Fragen von Flüchtlingspolitik und Klimapolitik beobachten konnte. Viele Menschen bewegen sich in selbstreferentiellen Diskursen, bestärken sich gegenseitig in ihren Echokammern. Die Parteien erschließen sich das Netz als Ort ihrer Wahlwerbung. Ihre bisherigen Kanäle über Infostände auf der Straße und öffentlichen Versammlungen tragen nicht mehr, erst recht unter pandemischen Bedingungen. Auch die etablierten Medien kämpfen um die Zukunft. Bezahlte redaktionelle Inhalte haben es schwer, die Finanzierungsgrundlage von objektivem Journalismus bricht weg. Zugleich beobachten wir neue Räume und Formen der politischen Kommunikation, zum Beispiel auf Spieleplattformen. Dort findet inzwischen rege politische Meinungsbildung statt. Auch transportieren Online-Spiele bestimmte kulturelle und politische Botschaften im Subtext ihrer Erzählungen und Ästhetik mit, auch populistische und extremistische Inhalte kommen dabei zum Tragen. Politische Bildung ist in all diesen Feldern herausgefordert, über eine forcierte kritische Medienbildung präventiv zu arbeiten.

www.mepodi.de



Markus Schuck, AKSB-Referent für politische Bildung



Des Kaisers neue Realität

Wie durch neue Medien aus Kolonien die deutsche Heimat werden sollte. Ein Zwischenruf

„Jeder hat das Recht auf seine eigene Meinung, aber nicht das Recht auf seine eigenen Fakten.“ Dieses Zitat wird dem New Yorker Senator Daniel P. Moynihan (fälschlicherweise) zugeschrieben. Gleichwohl werden seinem Landsmann Donald Trump 30.573 falsche oder irreführende Aussagen während seiner Amtszeit zugeschrieben und er deshalb gerne als der „Fake-News-Präsident“ bezeichnet. Eine alternative Realität zu schaffen, um Meinungen zu manipulieren, ist aber keine Erfindung des digitalen Zeitalters.

Auch Kaiser Wilhelm II. wusste bereits um die Möglichkeit, Fakten zu beschönigen, um eine alternative, romantisierte Realität der deutschen Kolonien entstehen zu lassen. Bei vielen Bürger/-innen waren die Überseegebiete trotz höherer Gehaltszahlungen und anderer Vergünstigungen nicht beliebt. Kaum verwunderlich, bedenkt man die Aufstände der einheimischen Bevölkerung und die Tropenkrankheiten, die in den Kolonien verbreitet waren. Der Kaiser brauchte also eine Imagepolitik, mit denen die Kolonien wie das hübsche Dörfchen am Bodensee wirkten.

Und um diese „neue Realität“ zu verbreiten, kam dem Kaiser eine kluge Erfindung von Adolf Miethe zur Hilfe. Der Professor für Fotochemie, Fotografie und Spektralanalyse entwickelte ein Verfahren, das es ermöglichte, brillante Farbfotos herzustellen und zu verbreiten. Sofort ergriff der Kaiser die Möglichkeit, rüstete drei Fotografen mit Spezialkameras und Erster-Klasse-Tickets aus und ließ die deutschen Kolonien ablichten. Dabei sollte das Fremdartige bewusst beschränkt werden. Die deutsche Heimat reicht bis nach Südwestafrica und in den Pazifik. So einfach die Botschaft.

In Zeiten von Instagram ist es schwer nachzuvollziehen, wie es gewirkt haben muss, wenn man zum ersten Mal ein Farbfoto sah. Aber es wird wahrscheinlich eine Art von kindlichem Staunen gewesen sein. Das ist vermutlich auch die Wirkung, die Kaiser Wilhelm II. im Sinn hatte. Er verband die Faszination für ein neues Medium mit einer manipulativen, propagandistischen Botschaft. Und damit kommen wir wieder zurück zum Anfang dieses Artikels. Der Kaiser mit

Farbfotos, Adolf Hitler mit den bewegten Bildern in der „Deutschen Wochenschau“ und Donald Trump mit Twitter.

Verfügte damals nur der Kaiser über die Möglichkeiten, Spezialkameras anzuschaffen, können heute alle Bürger/-innen einen eigenen Twitteraccount eröffnen. Radikale oder extremistische Gruppierungen sind längst dabei, Influencer/-innen für die zurzeit neuen Medien aufzustellen und so ihre alternativen Realitäten „in Farbe“ an die Menschen zu schicken. Neue Medien zu nutzen, um alternative Fakten zu verbreiten, scheint ein Erfolgsrezept zu sein. Ist es womöglich der Zauber des Neuen, der die Sinne ablenkt und dadurch das kritische Denken lähmt? Die politische Bildung erhebt dann gerne den mahnenden Zeigerfinger und möchte aufklärerisch über die Gefahren der neuen Werbeträger rezipieren. Aber macht sich die politische Bildung dadurch nicht unsexy und treibt alle, die beeindruckt sind, von den neuen Medien in die Arme der alternativen Realitäten?

Thorsten Gonska



Thorsten Gonska und Ann-Kristin Beinlich, Leitung der AKSB-Fachgruppe 3 Gesellschaft im Wandel: Trends - Themen – Tools

Die Demokratie ist genau die richtige Antwort auf die Krise

Geht alles zu langsam und zu unentschieden im Kampf gegen den Klimawandel? Wenn die sozial-ökologische Transformation nachhaltig gelingen soll, gibt es keine Alternative

Der Klimawandel wirkt sich bereits heute in einer existenziellen Dimension krisenhaft aus. Jemand, der wie das Bischöfliche Hilfswerk Misereor über den deutschen und den europäischen Tellerrand hinaus-schaut, hört das in dramatischen Berichten der Projektpartner in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es brennt, häufig im wörtlichen Sinne, den Menschen steht das Wasser bis zum Hals, manchmal im wörtli-chen Sinne. Das Klima gerät in vielen Regionen aus den Fugen.

Der Kampf gegen die Klimakrise kommt nur zäh in Gang. Heißt das, die Mittel der Demokratie reichen nicht aus, um diese Herausforderung der Menschheit zu meistern? Braucht es etwa eine Diktatur der Ex-pert/-innen, um die nötigen Maßnahmen unmittelbar einzuleiten? Misereor-Referentin Kathrin Schroeder ist vom Gegenteil überzeugt: Die Demokratie bietet den besten Rahmen, um den Lauf der Geschichte nachhaltig in die richtige Richtung zu lenken. Denn breite Beteiligung vieler Bevölkerungs- und Interes-sengruppen an den nötigen Aushandlungen sichert erst ab, dass gefundene Kompromisse auch getra-gen werden. Es braucht die Mitwirkung vieler, um das Klima zu retten.

Insofern ist Kathrin Schroeder überzeugte Anhängerin des Multilateralismus. Auf Außenstehende wirkt

die internationale Gipfeldiplomatie langsam und kleinschrittig. Und doch vereinbaren dort große Teile der Menschheit wichtige Zielvorgaben, an denen sich Regierungen, Gesellschaften und Ökonomien mes-sen lassen müssen. Die Wissenschaft zieht von der einen Seite her, die Lobbyisten bestimmter Branchen von der anderen, aber der Tanker Weltgemeinschaft nimmt Kurs auf ein nachhaltiges Wirtschaften. Wie viele Schritte dafür lokal und regional nötig sind, unter je anderen Bedingungen, weiß Misereor. Schroeder findet daher die erreichten Meilensteine beachtlich.

In Deutschland wird deutlich, wie die junge Bewe-gung von Fridays for Future im Bundestagswahljahr Einfluss auf die Programmatik und Wählerakzeptanz von Parteien genommen hat. Kathrin Schroeder sieht hier die Stärke der parlamentarischen Demokratie:



Eine philippinische Gemeinschaft diskutiert, wie sich ihre Region nachhaltig entwickeln soll.



Kathrin Schroeder, Referentin für Politik & Globale Zukunftsfragen / Energie beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor

sie nimmt Anliegen auf, die in der Gesellschaft an Gewicht gewinnen. Natürlich geht das alles langsamer, als es ein Großteil der Wissenschaft einfordert und mit ihr die demonstrierende Jugend. Aber auch hier gilt: Die Richtung stimmt. Corona hat allen Beteiligten gezeigt: Wenn etwas nötig ist, wird es gemacht.

Politische Bildung kann demokratische Prozesse mit ihren Mitteln unterstützen

Die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung können die anstehenden demokratischen Aushandlungs- und Veränderungsprozesse mit ihren Mitteln unterstützen, sagt die Misereor-Referentin. Die sozialökologische Transformation erfordert einerseits strukturelle Maßnahmen, über die sich trefflich

streiten lässt. Dafür können die Einrichtungen den Rahmen bieten. Aber der nötige Wandel erfordert andererseits auch die tätige Mithilfe von Bevölkerungsgruppen, die bisher nicht so überzeugt oder einbezogen sind. Es brauche Bildung für Herz und Hand, wirbt Kathrin Schroeder für eine politische Bildung, die Menschen zur aktiven Teilhabe einlädt, die nicht immer im Blick sind.

Das Bischöfliche Hilfswerk hat selbst viel im Austausch mit den internationalen Partnern gelernt, musste sich immer wieder selbstkritisch hinterfragen, um auch seine politische und bildnerische Arbeit in Deutschland weiterzuentwickeln. Ähnliche Potenziale sieht die Referentin auch für die Rolle der katholischen Bildungseinrichtungen in den jeweiligen Regionen, Knotenpunkte der Netzwerke vor Ort zu sein, um politische Teilhabe auch in Fragen von Klimaschutz zu fördern. In der Verbindung zu Gruppen und Personen, die man bisher noch nicht kennt, liegt ein reicher, ungehobener Schatz.

Kathrin Schroeder erwartet, dass wegen der skizzierten Dynamiken des Kampfes gegen die Klimakrise das Thema ganz oben auf der Tagesordnung bleibt. Der gigantische Green Deal der Europäischen Union setzt die Mitgliedsstaaten in den nächsten Jahren unter erheblichen Druck, flankiert durch finanzielle Anreize, die Hebel, Schalter, Weichen in die nachhaltige Richtung umzulegen. Politische Bildung kann die gesellschaftlichen Prozesse, die diesem Vorhaben folgen, unterstützen. Sie kann Dialogräume erschließen, Lobbyarbeit für Nachhaltigkeitsziele anstoßen. Es gibt viel zu tun, gemeinsam, vernetzt wie allein. Der richtige Zeitpunkt ist: jetzt.



Gut vorbereitet in eine polarisierte Debatte

Der Umgang mit Kolonialismus, Mission und Rassismus fordert politische Bildung heraus

Immer stärker rücken die Hintergründe und die Verbrechen der deutschen Kolonialherrschaft in den Blick. Welche Konsequenzen wird unsere Gesellschaft aus diesem Erkennen und Erinnern ziehen? Wie verändert sich unsere Sprache? Wie unsere Sicht auf Personen der Zeitgeschichte? Und unsere Gedenkkultur, etwa in der Benennung von Straßen und Plätzen?

Der Kampf um Deutungshoheiten und Definitionsmacht setzt bereits ein, weil die Ablösung von den bisherigen Mustern starke politische Reflexe und Ressentiments auslöst. Es ist wichtig, dass sich politische Bildner/-innen dem Thema in seinen systemischen Zusammenhängen stellen. So können sie argumentativ gut gerüstet Veranstaltungen und Seminare gestalten und bestreiten.

In diesem Sinne bietet das Internationale Begegnungszentrum St. Marienthal eine vierteilige Weiterbildung für politische Bildner/-innen aus den Mitgliedern der AKSB an. Die Veranstaltungen werden im Rahmen des Projekts *Mehrwert Verantwortung – Politische Erwachsenenbildung in neuen Formaten* durchgeführt. Projektträger ist die AKSB. Das Projekt wird gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung.

Betitelt hat der zuständige Projektleiter Dr. Mathias Piwko die Workshop-Reihe: „Kolonialismus, Mission und Rassismus – Herausforderungen für die politische Bildung“. Damit ist der thematische Fahrplan bereits gut skizziert.

Nach drei Online-Veranstaltungen zu der Trias von Begriffen, bei denen Fachexpert/-innen als Referent/-innen eingebunden werden, geht es ans Eingemachte. Bei einem zweitägigen Präsenz-Workshop diskutie-



Dr. Mathias Piwko, Projektleiter *Religionssensible politische Bildung* am Internationalen Begegnungszentrum St. Marienthal

ren die Bildner/-innen Praxisbeispiele und tauschen sich zu möglichen populistischen Argumentationssträngen aus. Es ist zu erwarten, dass sich Teile der Öffentlichkeit in Fragen der historischen Bewertung des Kolonialismus, seiner Entstehungsbedingungen sowie heutigen Wirkungen polarisieren und radikalisieren – es gilt, sich gut vorzubereiten.

Auf diesem Weg möchte Dr. Mathias Piwko eine AKSB-weite Beschäftigung mit der komplexen Thematik fördern. In vielen deutschen Regionen wird die Debatte um Namen, Begriffe, Kulturgüter, die zurückzugeben sind, und vieles mehr immer stärker einsetzen. Er sieht es als Aufgabe der politischen Bildung an, diese Ausweitung der deutschen Erinnerungskultur zu unterstützen.

Mehr Infos unter www.ibz-marienthal.de.



Eine Konstante im dynamischen Kampf gegen die Klimakrise

Was bringt eine Kooperation zwischen Fridays-for-Future-Aktiven und einer Einrichtung der außerschulischen politischen Bildung? Ein Gespräch über ein Beispiel in Südhessen

Im Windschatten der Corona-Pandemie entfaltet die Klimakrise weiter ihre Wucht. Bedingt durch den Infektionsschutz, hat die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) an Sichtbarkeit verloren. Und doch arbeitet sie weiter für eine nachhaltige Wende. In einer Partnerschaft zwischen regionalen Ortsgruppen und Einrichtungen der politischen Bildung liegen große Potenziale, wie sich am Beispiel der hessischen Bergstraße zeigt. Die dortigen Aktiven arbeiten mit dem Haus am Maiberg in Heppenheim zusammen. Im Gespräch mit AKSB-inform ziehen Beteiligte eine Zwischenbilanz.

Das Haus am Maiberg genießt in der Region einen guten Ruf. Seine Arbeit mit Schülervertretungen schlägt Brücken in die jungen Generationen. So war der Weg kurz, als die örtliche FFF-Gruppe ihren ersten großen Streiktag in der Stadt organisierte. Konzeptionell war alles klar, die Forderungen diskutiert, Plakate geschrieben – allein, es fehlte noch eine ordentliche Veranstaltungstechnik. In diese logistische Lücke sprang

im Krankenhaus beziehungsweise im Haus am Maiberg.

An der Einrichtung hat sie von Beginn an begeistert, dass sie dort Zusammenarbeit auf Augenhöhe erleben, berichten sie. Diese Haltung verkörpert Alexander Mack in jeder Faser. Der Referent für politische Bildung wiederum zeigt sich begeistert vom Taten-



das Haus am Maiberg ein, ganz unkompliziert, und stellte sein Audio-Equipment für die protestierenden Schüler/-innen zur Verfügung.

Diese Hilfsbereitschaft markierte den Startpunkt einer Partnerschaft, die bis heute anhält. Einzelne aus dem Orga-Team hatten ohnehin schon einen Bezug zum Haus, eben weil sie als SV-ler/-innen dort wichtige Impulse für ihre Vertretungsarbeit mitgenommen haben. Wie Zoe Fischer und Christoph Seibel. Beide gehören zur Gründergeneration von FFF Bensheim, haben inzwischen Abi und schließen bald ihr FSJ ab,

drang und Fachwissen, mit dem die FFF-Aktiven unterwegs sind. Sie sind bereit, rauszugehen und etwas Gutes zu tun, sagt er. Die Chemie stimmte von vorneherein. Das legte die Grundlage für weitere Kooperation.

Ein Schulklimatag im Kreis Bensheim markierte den nächsten Meilenstein. Jede Menge Synergien entfalteten ihre Kraft bei diesem Tag mit Landrat und vielen anderen: Die Schüler/-innen-Vertretungen waren an Bord, das FFF-Orgateam ohnehin und halt auch das Haus am Maiberg. Allerdings kehrten sich die Rollen

um, erzählt Alexander Mack: Die jungen Leute hätten die Erwachsenen eingeladen und eine perfekt organisierte Veranstaltung hingelegt. Das beeindruckte alle Anwesenden.

Die interne Dynamik in der FFF-Bewegung erforderte Aushandlungen und Fortbildungen. Den Schwung aufrechtzuerhalten, Fragen und Ziele ausdiskutieren, braucht einen guten Rahmen. Diesen bietet beispielsweise das Haus am Maiberg, blicken Zoe Fischer und Christoph Seibel zurück. Einrichtungen der politischen Bildung können durch ihre Stetigkeit helfen, den langen Atem zu bewahren. Den braucht es gerade in der Klimafrage, weil echte Fortschritte rar sind und viel zu lange dauern. Und dann kam auch noch Corona. Die Krise zog der ganzen Gesellschaft den Teppich unter den Füßen weg, ebenfalls also den Bergsträßer FFF-Aktiven. Sie wollten im Haus am Maiberg ein Klimacamp machen, um eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren zu ziehen. Das fiel pandemiebedingt ins Wasser, stattdessen entwickelten Orga-Team und Alexander Mack neue Formate. Hier waren bildnerische Erfahrung sowie logistische und finanzielle Möglichkeiten der Einrichtung sehr hilfreich.



Über ein Online-Seminar, das einen offenen Dialog über Fragen von Klimaschutz förderte, gelang es, neue Jugendliche für die FFF-Arbeit zu gewinnen. Das Orgateam hat sich verdoppelt in dieser Zeit. Überhaupt sei mit diesen digitalen Formaten ein neuer Schwung in die regionale Bewegung hineingekommen, resümieren Zoe Fischer und Christoph Seibel. Und eine neue Qualität, denn weil man das Klima nicht den heutigen „Profis“ überlassen kann, wolle man selbst zu ebensolchen werden.

Zur Professionalisierung gehörte neben der Vertiefung von Fachwissen auch die eigene Arbeitstechnik. War vieles an den Demos noch improvisiert gewesen, haben die gemeinsamen Treffen zur Vorbereitung von Veranstaltungen mit

dem Haus am Maiberg viel Disziplin hineingebracht. Das sei ein wichtiger Lerneffekt gewesen, sagen die beiden FFF-Aktiven. Dabei hätten weiter die Interessen der Jugendlichen im Fokus gestanden, bekräftigt Alexander Mack, sodass die Augenhöhe in der Zusammenarbeit gewahrt blieb.

Diese gute Begleitung der jungen Bewegung durch eine etablierte Einrichtung der politischen Bildung wird vermutlich helfen, ein Kernproblem der FFF zu kompensieren. Viele Aktive aus der gymnasial geprägten Gründergeneration verlassen nun die Region,



Zoe Fischer und Christoph Seibel, Fridays-for-future-Aktive aus der hessischen Bergstraße

um zu studieren. Neue Leute sind bereits an Deck, aber es geht zugleich Erfahrung von Bord. Das Haus am Maiberg kann in seiner moderierenden, beratenden Rolle eine gewisse Kontinuität und Kraft bewahren helfen.

Im Idealfall kann also ein Bildungshaus eine Konstante im dynamischen Gruppenprozess sein, schlussfolgern alle drei Gesprächsteilnehmenden. Da schließt sich der Kreis zur Arbeit mit Schüler/-innen-Vertretungen. Diese sind von derselben Herausforderung einer immerwährenden Fluktuation betroffen. Der Einrichtung selbst tut der stete Umgang mit jungen Menschen gut, hält sie nah dran an deren Fragen an Politik und Gesellschaft. Auch hier wieder eine nachhaltige Win-Win-Lage.

Schade nur, wenn dem Träger selbst finanziell und politisch die Puste ausgeht, schüttet Alexander Mack einen Wermutstropfen in den Wein mit Blick auf das nahende Ende des Hauses am Maiberg. Wenn Einrichtungen geschlossen werden, fehlt betroffenen Regionen ein solcher Fix- und Kristallisationspunkt. Somit seien solche Entscheidungen niemals nur eine Sache des Trägers, in diesem Fall der Diözese Mainz. Sondern sie beträfen auch das gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben insgesamt.



Alexander Mack, Referent für politische Jugendbildung im Haus am Maiberg in Heppenheim

Gemeinsam Kontrastpunkte zum Alltag abgehängter Jugendlicher setzen

Was Jugendsozialarbeit und politische Jugendbildung voneinander lernen und zusammen erreichen können. Ein Interview

Die Demokratie geht alle an. Das gehört zur DNA einer Bildungsarbeit, welche auf politische Teilhabe abzielt. Wie sichert man diese bei Bevölkerungsgruppen ab, deren Zugang erschwert ist? Es gilt, in der Breite das Recht von Kindern und Jugendlichen auf politische Bildung durchzusetzen. Seit 2020 loten Aktive aus Jugendsozialarbeit und politischer Jugendbildung auf Bundesebene in der Arbeitsgemeinschaft Demokratiebildung der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit miteinander aus, was gemeinsam geht. Ihr gemeinsames Ziel, ganz im Sinne des 16. Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung: eine verstärkte und vertiefte Zusammenarbeit, insbesondere zur Demokratiebildung mit der Zielgruppe sogenannter abgehängter Jugendlicher. Julia Schad-Heim und Robert Kläsener skizzieren im Interview aus Sicht der Jugendsozialarbeit beziehungsweise der politischen Bildung erste Erfahrungen und Perspektiven aus diesem spannenden Verständigungsprozess.

Sich zu verständigen, erfordert meistens, eine gemeinsame Sprache zu finden. Dieser Punkt gewinnt in politischen Fragen eine immer höhere Bedeutung, weil Begriffe stets politisch ausgelegt werden. Wie sieht das in Ihrem konkreten Fall aus?

Kläsener: In der Tat ringen wir um Worte, das ist ein Dauerthema. So reden wir zwar von denselben Jugendlichen. Aber unterschiedliche Förderlogiken zwingen uns, sie anders zu betrachten. Das prägt auch unser Bild von unserem professionellen Gegen-

über. Ein holzschnittartiges Beispiel, aus Perspektive der Bildner/-innen: Für die Jugendsozialarbeit müssen die Jugendlichen einen Hilfebedarf haben, damit sie sich mit ihnen befassen darf. Und für uns politische Bildner/-innen sollen sie junge Bürger/-innen mit bereits ausgeprägten Kompetenzen sein, die wir auf dem Weg zur Mündigkeit begleiten. Noch zugespitzter gesagt: Die Jugendsozialarbeit hat eher von Defiziten auszugehen, die politische Bildung eher von Ressourcen.



Schad-Heim: Unterschiedliche Förderlogiken können zu diesem vereinfachten Schema führen. Als Jugendsozialarbeitende finden wir uns so aber nicht widerspiegelt. Dazu ist das Feld zu vielfältig. Zwar beziehen sich unsere gesetzlichen Grundlagen tatsächlich eher auf Notlagen und Hilfebedürftigkeit. In der konkreten Arbeit jedoch setzen wir auf Begleitung, Empowerment, auf die individuellen Stärken der jungen Menschen, auf systemische Ansätze. So sagen viele von uns auch nicht, dass Jugendliche benachteiligt sind. Sondern wir sagen, sie werden benachteiligt. Barrieren im Zugang zur Teilhabe liegen vorrangig nicht in den jungen Menschen selbst, sondern in ihrem Umfeld, im Bildungssystem, im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Solche Gegenüberstellungen wirken durchaus polarisierend. Trotzdem steigen wir damit in unser Gespräch ein. Haben sie letztlich also einen konstruktiven Kern?

Kläsener: Ja. Denn wenn wir miteinander über unsere Fremd- und Selbstwahrnehmungen sprechen, hilft uns das, manche Vorurteile zu überwinden. Zum Beispiel genießen wir politischen Bildner/-innen bei der Jugendsozialarbeit oft den Ruf, im akademischen Elfenbeinturm zu sitzen, zu theoretisieren, ohne Alltags- und Lebensbezug, und unsere Bildungsarbeit einseitig an bürgerlichen Milieus und Gymnasiast/-innen auszurichten. Ich möchte nicht bestreiten, dass es solche Ansätze in unserer breit gefächerten Trägerlandschaft auch gibt. Aber diese Beobachtung auf alle Bildungseinrichtungen hin zu verallgemeinern, ist in meinen Augen nicht richtig. Diese Konfrontation mit den Klischees hilft uns Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung, die eigene Arbeit selbstkritisch zu prüfen.

Schad-Heim: Das kann ich nur unterstreichen. Nur das, über das man offen spricht und streitet, kann man auch gut einschätzen. Und so habe ich in unserem bisherigen Austausch bereits viel dazugelernt, was meinen Blick auf die politische Jugendbildung beeinflusst. Heute weiß ich, dass es Einrichtungen wie die Kommende Dortmund gibt, die mit unseren Zielgruppen arbeiten, sehr nah an deren Anliegen, Problemen, Themen dran sind, die Jugendlichen in ihrer Resilienz und Selbstständigkeit stärken. Und umgekehrt wissen die Kolleg/-innen nun, dass wir Jugendsozialarbeiter/-innen durchaus Interesse an demokratischer Bildung und an gesamtgesellschaftlichen Themen haben. Kurzum: Gemeinsame Beratungen und Projekte helfen uns, die gegenseitigen Ressentiments hinter uns zu lassen.

Was kann aus diesem Kennenlernen und aus der Verständigung entstehen?

Kläsener: Die Bundesregierung hat uns im 16. Kinder- und Jugendbericht aufgefordert, gemeinsam Lernräume für Jugendliche zu erschließen. Wir können da einiges an Potenzial und Ressourcen zusammen-



Robert Kläsener ist Referent für Politische Bildung beim Sozialinstitut Kommende Dortmund und Leiter der Fachgruppe 2 Arbeit – Bildung – Soziales der AKSB



Julia Schad-Heim ist Referentin für Jugendsozialarbeit und Bildung bei IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit - Deutschland, mit Sitz in Freiburg sowie im Netzwerk der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS)

bringen. Zurzeit erproben wir das modellhaft in den Vorhaben „Respekt Coaches“ und „Demokratie-Stärker*innen“. Die sind öffentlich gefördert. Ohne diese zusätzlichen Mittel geht es nicht – institutionell ist die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Jugendbildung noch nicht verankert, da braucht es über unseren Einsatz hinaus eine neue Regelförderung.

Schad-Heim: Ja, wir haben sehr viele Ideen, aber im Moment ist alles, was wir in dem Feld tun, on top auf das, was unser Regelgeschäft ist. Im Bereich der Persönlichkeits- und politischen Bildung sehe ich große Potenziale, die Arbeit in Kooperationen zu qualifizieren. Insofern setzen wir auch als einen wichtigen Baustein auf die gemeinsame Fort- und Weiterbil-

dung von Fachkräften. Denn der konzeptionelle und praxisbezogene Blick beider Professionen bringt uns alle weiter. Voneinander zu lernen, wird die Qualität unserer Arbeit im Bereich der Demokratiebildung steigern können.

Kläsener: Ich sehe auch schon heute ganz praktische Vorteile in einer verstärkten Zusammenarbeit. Die Häuser, die eine politische Jugendbildung anbieten, tun dies in der Regel in ihren Mauern. Der Zugang zur Zielgruppe kommt vor allem über Kooperationspartner/-innen wie Schulen. Mit Hilfe der Jugendsozialarbeit kann sich der Zugang zu den Jugendlichen vervielfältigen. Das ist auch dringend notwendig, wenn politische Bildung nicht nur für einen exklusiven Teil der Jugendlichen beschränkt bleiben soll.

Wie kann das konkret funktionieren?

Schad-Heim: Wir sind tagtäglich im Kontakt mit unseren Zielgruppen, über die vielen verschiedenen Stränge von Jugendsozialarbeit, von der Schule, der Ausbildung über Wohnheime, Jugendtreffs bis hin zu Straßen und Plätzen. Da kann die politische Bildung sicherlich von uns lernen, wenn sie mag. Aufsuchende, mobile Arbeit an den Orten, an denen die Jugendlichen sich aufhalten, wäre ein Stichwort.

Kläsener: Der Meinung bin ich auch. Wir müssen raus aus den Schneckenhäusern, in denen es sich manche Kolleg/-innen in den Einrichtungen gemütlich gemacht haben. Denn so erreichen wir diese Jugendlichen nicht. Wir müssen stärker von diesen her denken, als nur die Auslastung der Häuser ins Zentrum der Konzepte zu stellen. Das ist angesichts der wirtschaftlichen Nöte der Träger leichter gesagt als getan. Da muss sich etwas an den Finanzierungsstrukturen ändern, denn sie setzen falsche Anreize. Geborener Partner bei einer aufsuchenden politischen Bildung wäre auf jeden Fall die Jugendsozialarbeit.

Wie geht es darüber hinaus weiter?

Schad-Heim: Das Kooperationsprogramm „Respekt Coaches“ wird fortlaufend intensiv ausgewertet, um Lehren zu ziehen zum Beispiel für eine nachhaltige gemeinsame Arbeit. Wie anfangs skizziert, stehen wir ja noch oftmals am Anfang. Es gilt, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, zum Beispiel was Demokratiebildung für uns jeweils bedeutet und was das Empowerment von Jugendlichen betrifft. Das fängt ja schon bei der Ausgestaltung von Bildungssettings an. Wenn echte Partizipation bei der Gestaltung von Abläufen in Einrichtungen oder der Organisation gemeinsamer Aktivitäten ermöglicht wird, kann das durchaus hoch politisch sein. Bisher kam es dabei jedoch sehr auf das Engagement der einzelnen Fachkraft an, ob dieser Blick auch zum Tragen kommt. Wichtig ist natürlich hierbei, den Transfer zu demokratischen Abläufen und gesellschaftlichen Herausforderungen herzustellen.



Kläsener: Auch im Bereich der politischen Bildung darf es in meinen Augen nicht auf den Zufall beschränkt sein, dass es auf eine einzelne Fachkraft oder Einrichtungsleitung ankommt, ob die Gruppe der bildungsbenachteiligten Jugendlichen im Blick ist oder nicht. Wir appellieren an das soziale Gewissen der Häuser, sich hier zu engagieren, im Sinne der christlichen Werte, die uns verbinden, aber auch im Sinne der Demokratie. Letztlich müssen sich da einerseits die Fördergeber, aber auch die Träger stärker engagieren. Es ist einfacher, sich mit anderen Zielgruppen zu beschäftigen, aber es ist sehr wichtig, auch die abgehängten Bevölkerungsgruppen in den Blick zu nehmen. Ich erlebe da manchmal auf allen Ebenen eine gewisse Bequemlichkeit, die da lautet: „Entwickeln Sie mal was für Gymnasiasten. Das können Sie ja später auf Haupt- und Förderschüler unterbrechen.“ So einfach, wie sich das manche vorstellen, ist das aber nicht – das passt oft überhaupt nicht, weil die Lebenswelten und Lebenssituationen so grundverschieden sind.

Schad-Heim: In diesem Sinne systematisieren wir in der AG Demokratiebildung gerade, mit welchen Herangehensweisen und Methoden wir im Feld der Jugendsozialarbeit und der politischen Jugendbildung unterwegs sind. So können wir voneinander lernen und unsere jeweilige Arbeit weiterentwickeln. Es ist sehr wichtig, das zu tun, damit die Vision einer inklusiven Gesellschaft Schritt für Schritt endlich wirklich werden kann. Im Vorfeld der Bundestagswahlen planen wir aktuell gemeinsame Aktionen, unter den Bedingungen der Pandemie. Diese selbst erhöht den Bedarf an Demokratiebildung, denn die Jugendlichen, um die es uns geht, stehen durch die Kontaktbeschränkungen noch einmal mehr vor Schwierigkeiten. Es mangelt massiv an Beteiligung und der Beachtung ihrer Perspektiven. Viele haben das Gefühl, allein zu sein. Hier braucht es wichtige Kontrapunkte und Angebote. Wir alle sind gefordert, diese zu liefern.

Die demokratische Dimension der Jogginghose

Wie lassen sich bildungsbenachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Teilhabe stärken? Gespräch mit zwei Verantwortlichen aus der politischen Jugendbildung

Politische Jugendbildung schreibt man gerade besonders groß, mit Blick auf die Stärkung der Demokratie. Wie aber sind im Alltag die Jugendlichen und jungen Erwachsenen berücksichtigt, deren Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe gering sind? Wie können Einrichtungen der politischen Bildung mit ihnen neue Perspektiven entwickeln? Im Interview mit AKSB-inform schildern Kristina Hamm vom Herzogenrather Nell-Breuning-Haus und Robert Kläsener von der Kommende Dortmund ihre Erfahrungen, Haltungen, Ansätze.

Wie sieht die aktuelle Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus?

Hamm: Wenn wir von den jungen Menschen sprechen, die eine Förderschule besuchen oder die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, sieht es richtig düster aus. Zwar werden Fachkräfte zum Teil händeringend gesucht. Aber ohne formale Qualifikationen und ihren formalen Nachweis kommt heute niemand mehr in eine Ausbildung. Der übliche Weg über Berufskolleg, Berufsschule, Abendschule ist den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, über die wir hier reden, häufig versperrt. Der reguläre Arbeitsmarkt hat ihnen nichts zu bieten, oft noch nicht einmal einen Praktikumsplatz.

Kläsener: Das ist unglaublich frustrierend für die betroffenen jungen Menschen. Der Druck auf ihnen ist gewaltig. Wenn schon Gymnasiasten bei einem Rückschlag mit 18 Jahren sagen, jetzt ist das Leben vorbei, was bedeutet das erst recht für Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht solche privilegierten Perspektiven haben? Dabei haben sie meistens großartige Talente, die sie einbringen könnten. Das System Schule erkennt häufig das Potenzial, die Unternehmen und Betriebe sehen und nutzen es nicht, aber oft auch die Familie des jungen Menschen.

Wie hat man sich diese Ausgrenzungsmechanismen konkret vorzustellen?

Kläsener: Häufig ist es das direkte Umfeld, manchmal verbauen sogar die eigenen Eltern aus bildungsarmen Milieus ihren Töchtern und Söhnen Weg, den diese selbst für sich sehen. Nach dem Motto: Lass das Träumen, wir haben auch nicht mehr geschafft. Mach einfach mal was Solides. Verdiane Geld, egal wie. Oder begnüge Dich mit dem, was vom Amt kommt. Auch in der Schule wird den Jugendlichen häufig schon eingetrichtert, dass sie zu doof sind. Da fragt man sich manchmal, mit welcher Motivation die Lehrer/-innen ihren Beruf ergriffen haben. Das Problem ist, dass viele von den Jugendlichen das dann übernehmen und verinnerlichen. Der Frust ist hoch, die Schwelle zu resignieren niedrig, das Selbstbewusstsein fehlt.



Kristina Hamm, pädagogische Mitarbeiterin und Referentin für Arbeitslosenarbeit beim Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath

Hamm: Schon vor Corona hat die digitale Kluft in der jungen Generation zugenommen. Ohne die Kompetenz, mit Computer und digitalen Endgeräten souverän umzugehen, ohne die Qualifikation in der Nutzung von Internetportalen, Kollaborationsplattformen oder auch E-Mail-Clients geht gar nichts mehr. Und viele Haushalte können sich den Breitbandanschluss nicht leisten, der nötig ist. Dadurch werden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, über die wir sprechen, noch einmal mehr abgehängt. Das machen sie an sich selbst fest, aber auch an der Gesellschaft.

Was können Sie als Jugendbildner/-innen tun, um diese Gemengelage aufzubrechen?

Kläsener: Manches können wir natürlich nicht ändern. Aber wir können die jungen Menschen darin unterstützen, ihren Selbstwert zu erkennen und Selbstwirksamkeit zu erfahren. Das ist der Schlüssel dazu, eine neue Frustrationstoleranz zu entwickeln und die eigenen Ressourcen zu nutzen. Ich mache häufig gute Erfahrungen, wenn ich mit den Jugendlichen auf das schaue, was sie neben der Schule, die sie frustriert, sonst so machen. Da entdecken wir, was sie alles können. Ein 16-Jähriger, der in der Fußball-Bezirksliga pfeift, hat eine Menge auf dem Kasten, fällt Entscheidungen, setzt sich durch, muss aber auch pünktlich und zuverlässig sein. Fast alles, was es an

Sozialkompetenzen braucht, lässt sich da durchdeklinieren. Zu erkennen, dass man das alles schon kann, ist oft ein heilsamer Schritt und überrascht sie positiv. Es ist einfach so: Auch die Jugendlichen, um die es uns gerade geht, können ganz viel.

Hamm: Wir als Einrichtungen bieten den jungen Menschen den Raum, das zu erfahren. Sie können das ausprobieren, was in der Familie nicht geht und wozu auch in den meisten Schulen häufig keine Zeit und Gelegenheit ist. Da schlagen Lehrermangel und Lehrplan zu Buche. Die Lehrer/-innen, mit denen wir kooperieren, schätzen unser außerschulisches Angebot sehr, sie wissen, dass es nicht um Konkurrenz geht, sondern um eine wertvolle Ergänzung der Persönlichkeitsbildung. Sie erleben ihre Schüler/-innen ganz anders als im schulischen Alltag, angeregter, offener, kommunikativer. Wenn man das Korsett des klassischen Unterrichts verlässt, ist so viel mehr möglich. Manche Lehrer/-innen nehmen Methoden aus unseren Seminaren mit, machen aber die Erfahrung, dass das Schulsystem, in dem sie arbeiten, wenig Spielraum lässt, die eingetretenen Pfade zu verlassen.

Wo kommt in den Situationen, die Sie beschreiben, nun politische Bildung zum Zug?

Kläsener: Indem wir den jungen Menschen verdeutlichen, dass alles, was ihr Leben ausmacht, auch eine politische Dimension hat. Das heißt, es ist wichtig, dass sie sehen, wo und wie sie selbst Einfluss auf ihre eigene Situation, die ihrer Gruppe und der Gesellschaft insgesamt haben. Die erste Frage ist immer: Was hat Politik mit uns zu tun? Dann sage ich: Das fängt schon mit der Schulpflicht an. Die sorgt dafür, dass ihr zur Schule geht. Und dann geht es los mit dem Diskutieren über Politik im Kleinen: Wo kann ich denn in der Schule was zum Besseren wenden? Das kann ja zum Beispiel sein, dass es endlich leckere Brötchen beim Schulkiosk gibt. Das lässt sich beim Direktor durchsetzen.

Hamm: Bei uns ist es der Jogginghosenstag. Das klappt immer.

Kläsener: Wichtig ist, dass das nicht reine Sandkastenspiele sind, sondern dass die Schüler/-innen die Erfahrung machen, etwas in ihrem Umfeld zu bewirken. Und auch zu politischen Fragen bekommen sie einen Draht, wenn es gelingt, diese Themen ganz praktisch mit ihrer eigenen Lebenswelt zu verbinden. Es lassen sich zum Beispiel wunderbar am eigenen Smartphone viele politische Probleme diskutieren, von der Herkunft der Rohstoffe über Arbeitsbedingungen bis hin zu Datenschutz. Damit das gelingt, braucht es neben dieser Nähe zum Alltag der Jugendlichen und dem Wechsel des Raums, weg von Schule, auch noch eine gute Beziehungsarbeit. Wir setzen auf junge Teamer, um die 22, 23 Jahre.

Was macht eine gute Beziehungsarbeit aus?

Hamm: Unsere Erfahrung ist, dass das Alter nicht so eine Rolle spielt, um eine gute Beziehung aufzubauen. Wir haben auch einen Teamer über 60 Jahre. Die Hauptsache ist, dass es offene Typen sind, die authentisch auftreten, mit ihren Ecken und Kanten, auch mit ihren Brüchen. Wir haben sogar einen ehemaligen Langzeitarbeitslosen im Team, der absolut gut die Situationen kennt, mit denen unsere Teilnehmenden zu kämpfen haben. Aber für alle Teamer, egal wie jung sie sind und welche Lebenserfahrung sie einbringt, gilt: Ihre Haltung gegenüber den Jugendlichen zählt. Es ist total wichtig, dass sie sich ehrlich für deren Leben, Probleme, Fragen interessieren, gut zuhören und ihnen Raum für Diskussion lassen. Denn nur so können sich die Jugendlichen in der Gruppe und mit Hilfe der Gruppe eine eigene Meinung bilden. Und das ist ja unser Ziel: Die Teilnehmenden darin zu unterstützen, sich ein Bild von ihrem Leben zu machen, neue Perspektiven jenseits des Bekannten zu entwickeln und eigenverantwortet ihre Handlungsmöglichkeiten zu ergreifen.

Kläsener: Dem kann ich mich nur anschließen.

Wie nachhaltig ist Ihre Arbeit?

Kläsener: Ganz genau können wir das nicht messen, das sind immer eher Blitzlichter. Die gegenspielenden Systeme sind schon sehr mächtig. Aber ein bisschen spiegeln uns Rückmeldungen aus den Schulkollegien doch zurück, dass die politische Jugendbildung wirkt. Die Schüler/-innen, die an unseren ganzjährigen außerschulischen Angeboten teilnehmen, sind im Augenblick des Abgangs von der Schule anders drauf, teilweise so anders, als wären es plötzlich andere Menschen. Sie zeigen ungekannte Kompetenzen, sprechen frei vor der Gruppe, führen Diskussionen als offenen Austausch von Argumenten. Wir sind sicher: Das wird ihnen auf ihrem weiteren Lebensweg helfen.

Hamm: Der Kollege und ich stimmen darin überein, dass es für diese Arbeit eine bessere Finanzierung geben müsste. Die politische und gesellschaftliche Teilhabe dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist zu wenig im Blick. Ohne besonderes finanzielles Engagement unserer Träger wären unsere Angebote so nicht möglich. Hier würden wir uns eine bessere Regelfinanzierung wünschen. Dann wäre die Nachhaltigkeit dieser Arbeit noch mehr gewährleistet. So viel sollte uns als Gesellschaft die Inklusion dieser Bevölkerungsgruppe wert sein. Ich sehe unsere Bildungsarbeit als präventive Arbeit, die unseren Zusammenhalt und unsere Demokratie stärkt. —



Jugendbegegnung ist immer politische Jugendbildung

Demokratische Herausforderungen kennen Deutschland und Polen gleichermaßen. In Maßnahmen, die das Deutsch-Polnische Jugendwerk fördert, sprechen junge Menschen darüber

Die demokratische Entwicklung in Europa driftet auseinander. In manchen Ländern scheinen Uhren zurückgestellt zu werden, was demokratische Grundrechte betrifft. Neben den Eingriffen der ungarischen Regierung in Gewaltenteilung und Pressefreiheit verfolgen manche Beobachter auch die polnische Situation mit Sorge. Auf die Qualität des deutsch-polnischen Jugendaustausches habe das keinen negativen Einfluss, sagt Stephan Erb im Interview mit AKSB inform. Im Gegenteil sieht der Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes (DPJW) ein großes demokratisierendes Potenzial in der Begegnung von jungen Menschen beider Länder.

Seit Jahrzehnten fördern Deutschland und Polen mit einer gemeinsamen Einrichtung die Begegnung und Verständigung ihrer Bevölkerungen. Der Nachkriegskurs von Frieden und Versöhnung schlug mit der gezielten Gründung des Jugendwerkes ein neues Kapitel auf. In der Jugend liegt die Zukunft, so die Vision, wenn sie einander kennen- und schätzenlernen, gestalten sie gemeinsam Europa. Diese Absicht trägt und führt jedes Jahr – jenseits pandemischer Bedingungen – Tausende junge Menschen von 12 bis 26 Jahren zusammen, in vielen Formen, aber immer mehr als rein touristisch.

Diese Arbeit ist durch ein gemeinsam entwickeltes, gemeinsam verabschiedetes und gemeinsam getragenes Statut abgesichert. Es gibt zwei Büros, eines in Potsdam, eines in Warschau, ein deutsch-polnisches Leitungsduo und es gibt gemeinsame Aufsichtsgremien und Förderrichtlinien. Dieses Konstrukt hat sich in den letzten Jahrzehnten als belastbar erwiesen, die Krisen auf politischer Ebene nahmen keinen nachhaltigen Einfluss auf die Arbeit des Jugendwerkes. Es förderte weiter alle Begegnungsmaßnahmen, die den gemeinsamen, visionären Kriterien entsprachen.

Das heißt nicht, dass alles unpolitisch ist, was über den Tisch des DPJW geht. Auch Projekte der politischen Jugendbildung werden gefördert. Dabei kommen ebenfalls kontroverse Themen auf den Tisch, über die sich die deutschen und polnischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen austauschen. Die Spanne ist breit und bildet die ganze Palette rund um die Herausforderungen in beiden Demokratien hinaus. Es gibt neben vielen Gemeinsamkeiten auch Unterschiede in den Lebenswelten der Jugendlichen aus Deutschland und Polen und auch das Stadt-Land-Gefälle schlägt oft zu Buche.

Stephan Erb sieht in diesem Kontrast und dessen Bearbeitung ein großes Potenzial für demokratische Aushandlungsprozesse. Verständigung und die Förderung von Toleranz stehen in den Buchstaben der Statuten, aber in den Projekten der Kooperationspart-

ner wie Schulen, Vereine, Verbände und Bildungseinrichtungen werden diese Werte gelebt. Was in den Begegnungen ausgetauscht wird, geht als Impuls mit zurück in die jeweilige Heimat. Zu erkennen, dass es auf beiden Seiten Rassismus gibt, und zwar meist vor ganz anderen Hintergründen, und zu diskutieren, was sich dagegen tun lässt, leistet einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der jeweiligen Zivilgesellschaft.

Auch jenseits der Projekte, die gezielt gesellschaftliche Themen in den Fokus rücken, erkennt Stephan Erb in den vielen Begegnungen etwas, was er mit politischer Bildung in Verbindung bringt. Ist Jugendbegegnung nicht per se immer politische Jugendbildung? Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen üben sich schließlich stets darin ein, das eigene Bild vom anderen Land in Frage zu stellen, sich offen auf das Gegenüber einzulassen, die Perspektive zu wechseln, sich selbst als Ausländer/-in zu fühlen, vielleicht auch über das eigene Land nachzudenken. Die politische, ja auch demokratiebildende Dimension dieser Übung liegt auf der Hand, auch in schwierigen Zeiten.



Stephan Erb, Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes, Potsdam. Die Förderung dieses Werkes für die schulischen und außerschulischen Partner der AKSB ist eine wertvolle, verlässliche Stütze, auch außerhalb pandemischer Zeiten.

Als Weiße Verbündete sein, durch und durch

Wie können sich Träger und Einrichtungen der politischen Bildung diskriminierungsfrei aufstellen? Einblick in den Stand einer Diskussion in der Fachgruppe 1 der AKSB

Ein Thema, das immer stärker auf die Tagesordnung der politischen Bildung drängt, ist eine neue Entschiedenheit auf den Rassismus hin. Dabei geht der Beratungsdarf weit über die nächsten inhaltlichen Programm- und Projektplanungen hinaus. Vielmehr sollten sich Träger und Einrichtungen selbstkritisch fragen, wie inklusiv und diskriminierungsfrei sie wirklich unterwegs sind und wie engagiert sie sich an die Seite von Black, Indigenous and People of Color (BIPOC) stellen. AKSB-inform sprach mit Meike Elisa Müller, Referentin für politische Bildung beim DeZentrale e.V. in Köln, Gennet Patt, Vorsitzende der Katholischen Landjugendbewegung in NRW, und Alexander Mack, Leiter der AKSB-Fachgruppe 1 Politik - Menschenrechte – Medien.

Wirklichkeit, Sprache, soziale Interaktion sind komplex. Wie stark sie miteinander verwoben sind, ist keine rein akademische Frage. Wie wir die Dinge sehen, bewerten, aussprechen und behandeln, hat sehr konkrete Folgen für Menschen und ihr Zusammenleben. Die dominante Form in Deutschland ist eine diskriminierende. Sie speist sich aus einer Sicht, die Diskriminierungsforscher/-innen als „weiß“ kennzeichnen. Die Wirklichkeit von Menschen, die eine andere äußere Erscheinung haben oder anders wahrgenommen werden als die Mehrheitsgesellschaft, wird oft ausgeblendet, verzerrt, stigmatisiert – oder im Gegenteil idealisiert.

All das führt zu Regeln, Verhaltensweisen, Redewendungen, welche die betroffenen Menschen in eine unwürdige Situation bringen, skizziert Meike Elisa Müller. Manchmal bewusst, manchmal unbewusst transportieren diese Muster und Signale eine diskriminierende Botschaft: Du bist anders, du bist fremd, du hast hier nichts zu sagen, du hast weniger Rechte als ich, du liegst mir auf der Tasche, du führst Böses im Schilde. Oder auch: Ich nehme an, du verstehst mich nicht so gut, du hast es schwer, du bist verfolgt, du brauchst meine Hilfe, du brauchst meine Solidarität. Lass mich dir Gutes tun.

Sowohl das Übel- als auch das Wohlmeinende ist rassistisch, weil es sich festmacht an der Herkunft der Person oder deren Vorfahren. Nicht die Person mit ihrer einzigartigen Persönlichkeit und Würde steht im Mittelpunkt des Sehens, Urteilens, Sprechens und Handelns, sondern ihr Äußeres, etwa die Farbe ihrer Haut oder die Form ihrer Haare. Wie stark dieses stete Alltagserleben die betroffenen Menschen prägt, können die übrigen nicht ermessen. Denn sie kommen selbst nicht aus ihrer Haut heraus, nur dass diese halt „weiß“ ist und damit – unbegründet - viele Privilegien ermöglicht.

Die Herausforderung besprechbar machen und besprechen

Was hat das nun mit den Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung zu tun? In der Fachgruppe 1

wird das seit geraumer Zeit diskutiert, berichtet Alexander Mack. Zunächst einmal ist die Bildungslandschaft wie der Rest der Republik eingeladen, sich mit den kritischen Anfragen aus der Diskriminierungsforschung sowie im Speziellen der Debatte um „Critical Whiteness“ (Kritische Weißseinsforschung) auseinanderzusetzen. Das kann ein langer und für alle Beteiligten anstrengender Prozess sein: Wie weit sind Verantwortliche, Fachkräfte und sonstige Mitarbeitende sensibilisiert, verstehen die Fallstricke, in denen sie sich tagtäglich bewegen und in denen sie sich immer wieder verheddern?

Dies besprechbar zu machen und zu besprechen, erfordert bereits viel Fingerspitzengefühl, um niemanden in die „weiße“ Opferrolle zu drängen, betont Meike Elisa Müller. Es geht nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen, sondern scheinbar Selbstverständliches aufzulösen und diskriminierungsfreie Alternativen zu wählen. Es geht nicht um eine Verbotskultur, sondern es geht um Empathie. Es geht darum, gemeinsam die Komfortzone des „Happylands“ der „Weißen“ zu verlassen, also das trügerische Gefühl, ohne rassistische Muster durchs Leben zu gehen. Es geht darum, neue Haltungen zu entwickeln, indem wir nicht-weißen Personen zuhören zum Beispiel.

Im Blick der gewünschten Organisationsentwicklung bei Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung: das Konzept des „Allyship“. Wie können wir uns möglichst diskriminierungsfrei aufstellen? Wie also können wir als „weiße“ Personen Verbündete von BIPOC sein, ohne die Arme zu verschränken, weil wir uns angegriffen fühlen und missverstanden, weil wir uns doch auf der guten Seite der Geschichte wähnen? Schon Theodor W. Adorno sagte aber: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“ Es braucht Zeit, sich aus einem kulturell fest verankerten gesellschaftlichen Muster zu befreien.

Ein Perspektivwechsel mit großem Potenzial

Dieser Perspektivwechsel ist der erste Schritt, ein wichtiger, aber bei weitem nicht der erste. Er ist allerdings der entscheidende, aus dem sich nächste

Maßnahmen ableiten. So sollten BIPOC nicht nur als Referent/-innen zu Themen des Rassismus und Kolonialismus eingeladen werden, sondern auch zu allen anderen gesellschaftlich relevanten Themen. Sie sollten selbstverständlich Mitglied von nebenamtlichen Teams sein, zum hauptberuflichen Personal von Einrichtungen gehören, in den ehrenamtlichen Leitungen von Trägern aktiv sein, schlägt Gennet Patt, Landesvorsitzende der KLJB vor. Die Einrichtungen sollten noch stärker als bereits jetzt mit Migrant/-innenselbstorganisationen kooperieren, der Dachverband AKSB könnte Migrant/-innenselbstorganisationen in seine Strukturen und Fördermöglichkeiten aufnehmen.

Wir stehen nicht bei Null, betont Alexander Mack, viele Entwicklungsprozesse haben bereits begonnen. So beschäftigen sich viele Einrichtungen schon seit langem mit den Auswirkungen von Diskriminierung, Rassismus und Kolonialismus, arbeiten in diversen Teams und an einer möglichst inklusiven Bildungsarbeit. Die Aufgabe jedoch ist groß, geht quer durch alle Funktionen und Bereiche und betrifft uns als Individuum, als Einrichtung, als Verband. Zum Beispiel gelte es, auch die eigenen Programme und Bildungsmaterialien auf „weiße“ Stereotypen hin zu durchforschen. Grundsätzlich sollte es zum Grundverständnis von katholischen Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung gehören, Verbündete von BIPOC zu sein, um ihnen sichere Orte der Entfaltung, der politischen Teilhabe, des gemeinsamen Empowerments zu bieten. Das Konzept des „Allyship“ vertrage sich bestens mit dem christlichen Wertefundament, das die Mitglieder der AKSB miteinander verbindet. Und es habe das Potenzial, alle zu bereichern in einer Zukunft, die diskriminierungsfrei ist. 

Meike Elisa Müller,
Referentin für politische
Bildung beim DeZentrale
e.V. in Köln



Gennet Patt,
Vorsitzende der
Katholischen Landjugend-
bewegung in NRW



Gemeinsam den langen Weg Richtung Inklusion gehen

Wie geht Demokratie? Auf der Veranstaltung „Wählen reicht nicht?!“ zeigte eine erste Zwischenbilanz des Projektes zur inklusiven politischen Bildung die Barrieren auf, die es zu überwinden gilt

In diesem Jahr dürfen 80.000 Menschen erstmals den Deutschen Bundestag mitwählen. Bisheriger Hindernisgrund, dass dieses demokratische Grundrecht ihnen verwehrt blieb, war ein Gesetz. Dieses diskriminierte die Betroffenen, weil sie Lernschwierigkeiten haben und eine Betreuung benötigen. Das Bundesverfassungsgericht kassierte das Gesetz als verfassungswidrig ein, so dass der Bundestag nicht anders konnte, als 2019 diese Bevölkerungsgruppe ihr Wahlrecht zuzusprechen. Dieser demokratisch erstrittene Sieg über Ausgrenzung allein reicht nicht, er ist nur ein Baustein im demokratischen Prozess, die deutsche Gesellschaft immer inklusiver zu gestalten.

Der politischen Bildung kommt dabei eine zentrale Rolle zu, einerseits ganz praktisch die Vorbereitung der neuen Wählergruppe auf ihre Wahlbeteiligung am 26. September 2021, aber auch ganz grundsätzlich in der Stärkung ihrer politischen Teilhabe über den staatsbürgerlichen Akt hinaus. Aber: Sind die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung selbst bereits so inklusiv ausgestaltet, dass sie diese Aufgabe der Demokratiebildung gut erfüllen können? Wie lassen sich Barrieren in ihren eigenen Strukturen, Abläufen, Methoden und Angeboten abbauen? Dieser Fragestellung wendet sich seit 2020 das auf vier Jahre angelegte Projekt *Wie geht Demokratie? Inklusive politische Bildung* zu, das bei der AKSB angesiedelt ist. Jetzt war Zeit für eine erste Zwischenbilanz.

AKSB unterstützt wichtigen Demokratisierungsprozess

Der Termin der Tagung, der 5. Mai, fiel mit dem Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zusammen. Perfekt, dass sich im selben Moment 70 Projektbeteiligte sowie interessierte Fachkräfte und Menschen mit Einschränkungen im

virtuellen Raum trafen, um Verbesserung bei der politischen Bildung zu besprechen. Das machte deutlich, wie aktiv das Projekt der AKSB den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs unterstützt.

So ordnete das auch der Bundesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Jürgen Dusel, ein. Er bekräftigte, dass Demokratie und Inklusion zusammengehören und einander benötigen. „Das sind zwei Seiten einer Medaille“, sagte er und rief dazu auf, Vielfalt als Bereicherung und Wert zu begreifen. Mit seinem Appell, die Personen, um die es geht, nicht als defizitäre Wesen zu sehen, sondern als Menschen, die manche Dinge besonders gut können, lief Jürgen Dusel offene Türen bei der AKSB ein. Politische Bildung müsse Teilhabe fördern, damit das Anliegen der UN-Menschenrechtskonvention verwirklicht sei.

Aus den verbrieften Rechten müsse Wirklichkeit werden, sagte der Regierungsbeauftragte. Der Staat brauche Verbündete auf diesem Weg, er brauche Menschen und Einrichtungen, die sich dafür einsetzen, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten umfassend Teilhabe erfahren, leben und gestalten.



Jürgen Dusel

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Er sagt: „Politische Bildung ist wichtig, weil Politik oft nicht einfach zu verstehen ist. Was nicht passieren darf, ist, dass sich Politiker/-innen hinter der Sprache verstecken. Es ist ihre Aufgabe, Anliegen und Sachverhalte so verständlich wie möglich zu präsentieren. Politik kann mehr einfache und leichte Sprache gut gebrauchen.“



Fabio ter Schmitten

Der Mitarbeiter der Lebenshilfe Werkstätten Unterer Niederrhein GmbH interessiert sich für Politik.

Er sagt: „Ich verstehe nur Bahnhof, wenn es um Politik geht.“ Wie sein Kollege Collin Fosu wünscht er sich mehr Aufklärung, auch von den Parteien, in einfacher Sprache, berichtet Bildungsbegleiterin Jana Heyden. Collin Fosu (ohne Bild) sagt: „Wegen meiner Hautfarbe mache ich mir Gedanken wegen Ausgrenzung, Gewalt, etc. Manche Partei macht mir Sorgen. Ich möchte nicht, dass noch mal so jemand wie im Zweiten Weltkrieg an die Macht kommt.“

„Sie haben hier 70 Verbündete versammelt“, ergriff AKSB-Vorsitzender Gunter Geiger, Direktor des Bonifatiushauses in Fulda, diese ausgestreckte Hand. Er lud Jürgen Dusel herzlich ein, den Fortschritt der inklusiven Ausrichtung der politischen Bildung bei einer nächsten Fachtagung persönlich zu begutachten, wenn denn die pandemischen Bedingungen es wieder zulassen.

Denn um einen solchen Fortschritt geht es im Projekt: „Wir sind auf einem Weg und lernen jeden Tag aufs Neue, welche Barrieren wir, aber vor allem die jungen Menschen überwinden müssen“, skizzierte AKSB-Projektkoordinator Stefan Braun den Entwicklungspfad, den *Wie geht Demokratie?* unterstützen möchte. „Wir haben uns im Modellprojekt auf den Weg gemacht, junge Menschen mit geistiger Behinderung zu unterstützen. Wir wollen ihnen helfen, positive Veränderungen in ihrem Leben anzustoßen und ihre Grundrechte wahrzunehmen.“

Inklusive Ausrichtung geht nicht am grünen Tisch

Wo steht das Projekt im Jahr zwei der Pandemie und seiner selbst? Die Einschränkungen, die der Infektionsschutz mit sich bringt, hat es teilweise ausgebremst. Und doch steckt enorm viel Dynamik im Miteinander. Kreativ sind die drei Modellstandorte mit der Situation umgegangen, haben Konzepte verändert, Zugänge erneuert. Erste Ergebnisse zeigen auf, wie sich politische Bildung stärker inklusiv ausrichten kann, konzeptionell und didaktisch. Neue Partner sind an Bord gegangen, so dass sich das Anliegen des Projektes verbreitert und vertieft.

Bevor in Workshops erste Antworten auf die Frage folgten, wie sich eine inklusive Bildungspraxis und eine inklusive Organisation gestalten lassen, ordnete Dr. Dorothee Meyer von der Leibniz Universität Hannover das Projekt in eine Gesamtsicht ein. Sie machte deutlich, dass es bei der Inklusion um Bürgerrechte für besondere Gruppen geht. Seit 2007 binde ein Ge-

setz auch die Bundesrepublik Deutschland, die Teilhabe von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu garantieren. Dem voraus gingen viele Jahre politischer Kampf um Aufmerksamkeit und Wertschätzung auf das Thema hin, etwa durch Selbstorganisationen. Der sei auch lange noch nicht vorbei.

Auch die politische Bildung habe mit Blick auf die Menschen mit Lernschwierigkeiten vielfach noch Entwicklungsbedarf. Das Themenspektrum der Angebote zum Beispiel müsse sich erweitern, auf gesellschaftliche, politische, religiöse oder ethische Fragen. Neben guten Materialien in leichter oder einfacher Sprache brauche es persönliche Ansprache und Vermittlung, um die Themen zu erschließen. Dorothee Meyer verdeutlichte, dass die Ausrichtung auf eine



Rainer Schmidt

Moderator der Fachtagung und Coach in Sachen Inklusion, ein Tischtennis-Ass als Mensch mit körperlichem Handicap.

Er sagt: „Unter Inklusion verstehe ich die Kunst des Zusammenlebens von sehr verschiedenen Menschen. Es geht darum, dass Menschen sehr unterschiedlich talentiert sind und doch dazu gehören. Politische Bildung sollte dieses Verständnis fördern und leben.“



Gunter Geiger

Vorsitzender der AKSB und Direktor des Bonifatiushauses in Fulda, das sich im Projekt „Wie geht Demokratie?“ engagiert.

Er sagt: „Inklusion ist ein Menschenrecht – wir greifen die Thematik in unsere Akademiearbeit immer wieder auf und diskutieren mit Expert/-innen aus Wissenschaft, Kirche, Politik und Gesellschaft. Wir analysieren die bisherigen Entwicklungen, beleuchten den aktuellen Status Quo und erörtern mögliche Wege und Bedingungen zum Gelingen einer inklusiven Gesellschaft.“

inklusive Pädagogik heiße, Barrieren zu beseitigen, um gemeinsam zu lernen und Ideen zu entwickeln. Es brauche dafür einen genauen Blick auf die Bedürfnisse und Bedingungen.

Am grünen Tisch geht das allerdings nicht, betonte die Wissenschaftlerin. „Man kann nur Erfahrungen mit Inklusion sammeln, wenn diejenigen dabei sind, um die es geht.“ Zugleich ermutigte sie Verantwortliche und Fachkräfte, sich einfach aufzumachen: „Inklusion ist ein Prozess – eine gemeinsame Suche nach dem besten Weg. Nichts muss von Anfang an perfekt sein.“ Wie auch sonst im Leben gilt: Nur sprechenden Menschen kann geholfen werden. Im Prozess über die Art und Weise, wie politische Bildung erfolgt, zu sprechen, sei der Schlüssel zum Erfolg. Eines ist aber auch klar: Bildungshäuser müssen sich anpassen, denn Menschen haben das Recht auf Einzigartigkeit.

Eigene Barrieren abzubauen, ist nicht einfach

Dorothee Meyer schloss mit dem Aufruf: „Fangen Sie an und bleiben Sie dran!“ Exemplarisch für einen solchen prozessorientierten Weg zum inklusiven Bildungshaus steht das Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg, einer der drei Modellstandorte im Projekt. Es hat sich den Titel „Akademie für alle“ erarbeitet, wie Direktor Dr. Siegfried Grillmeyer skizzierte. Vor zehn Jahren erhob das Haus die Inklusion zur Querschnittsaufgabe, etablierte ein Inklusionsteam, richtete Angebot, Infrastruktur und Didaktik inklusiv aus. Trotz dieser vergleichsweise langen Entwicklungszeit fordere der Anspruch, Akademie für alle zu sein, immer noch und immer wieder heraus, bekannte Grillmeyer.



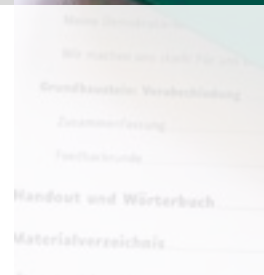
Stefan Braun

AKSB-Projektkoordinator „Inklusive politische Bildung“ für das Modellprojekt „Wie geht Demokratie?“

Er sagt: „Wir haben viele neue Impulse darauf erhalten, wie wir politische Bildung inklusiver aufstellen können. Diese Impulse greifen wir auf, entwickeln neue Formate und Handreichungen. Insbesondere werden wir die inklusiven Potenziale digitaler Technologien ausloten. Das ist ein Schatz, den wir für die Arbeit heben wollen.“

Seine Mitarbeiterin Dr. Doris Katheder stellte den ersten Band einer fünfteiligen Buchreihe vor, die sie mit Kolleginnen im Umfeld des Nürnberger Hauses im Zuge des Projektes *Wie geht Demokratie?* entwickelt. Wie auch das noch im Schlussspurt der Produktion befindliche zweite Werk nähert sich dieses Buch mit einfacher Sprache den Grundfragen der politischen Teilhabe, pünktlich als Zurüstung im Vorfeld der Bundestagswahlen. So ist es zugleich ein Erklrstck für Menschen mit und ohne Lernschwierigkeiten wie auch ein Lehrbuch für Didaktiker und Pädagogen, die inklusiv arbeiten wollen. Im Tun gemeinsam lernen, ist die Philosophie. Mit den vielen Handreichungen, Visualisierungen, Hilfsmitteln ist ein kreatives Set an Methoden gepackt. Um die gewünschte inklusive Ausrichtung der politischen Bildung zu fördern, ist alles öffentlich, digital zugänglich.

Eine Stippvisite bei weiteren ersten Zwischenergebnissen an den drei Modellstandorten ermöglichten kurze Workshops mit Projektmitarbeiterinnen. Anne Badmann, Referentin für Bildungsangebote in Leichter Sprache, und Ulrike Maqua, Kommunikationswissenschaftlerin und Jugendbildungsreferentin vom Franziskanischen Bildungswerk e.V., führten in die anspruchsvolle Aufgabe ein, Bildungsinhalte inklusiv zu vermitteln. Leitend war dabei der Blick des Philosophen Ludwig Wittgenstein: „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt.“ Folgt man den Erfahrungssätzen und reflektiert man die eigenen Konzepte und Materialien mit Personen aus der Gruppe von Menschen mit Lernschwierigkeiten, wird es vielleicht gut.





Demokratie und ich: So lautet der Titel des ersten von fünf Handbüchern aus dem Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg, verantwortet, konzipiert und umgesetzt von Dr. Doris Katheder und Lara Kronet. Die Reihe liefert den Mitgliedern und Partnern der AKSB hilfreiche Bausteine für eine inklusiv ausgerichtete politische Bildung.

Die eigenen Barrieren, sich einfach auszudrücken, unkompliziert, ohne Redundanz, ohne unnötige Fachbegriffe, sind manchmal sehr hoch. Und es könnte doch so leicht sein. Das gilt auch und besonders für das Internet, wie Julia Wagner vom Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg skizzierte. Hier tritt wieder eine Diskrepanz zwischen dem, was Gesetze einfordern, und der Wirklichkeit zu Tage. Es soll ein barrierefreier Zugang zu Informationen und Kommunikation über das Internet möglich sein. Aber es gibt weiter viele Stolperfallen, die auch für Träger und Einrichtungen der politischen Bildung im Sinne einer selbstständigen politischen Teilhabe relevant sind. Manches lässt sich rasch optimieren, anderes erfordert aufwändige Veränderungen, drittes bleibt Barriere. Es gibt auch Zielkonflikte, etwa beim Gendern – manche Formen sind sperrig und unverständlich.

Sprache, Webseiten, Seminare und Organisation weiterentwickeln

Wenn man sich für konsequente Zugänglichkeit entscheidet, lassen sich Seminare durchgängig und schlüssig inklusiv gestalten. Wie das konkret geht, wissen zum Beispiel Melani Beckendahl und Miriam

Pasz von der Akademie Klausenhof, einem zweiten Modellstandort von *Wie geht Demokratie?*.

Alles, was man vermitteln und wozu man einladen will, lässt sich auch einfach gestalten. Von der Einladung und einer barrierefreien Infrastruktur über die gute Gestaltung des Seminarraums und der Zeitabläufe bis hin zur Visualisierung und Regeln der Gesprächsführung gibt es da vieles zu bedenken, zu beachten und zu gestalten. Zum Gelingen der inklusiven Ausrichtung zählt auch die Haltung. So gab es noch rasch vom Klausenhof „10 Knigge-Tipps zum respektvollen Umgang mit behinderten Menschen“ – inspirierend. Wichtigster Tipp vielleicht: „Die Behinderung ist nur ein Merkmal von vielen.“ Wie Sprache, Webseiten und Seminare der politischen Bildung sind auch Organisationen und Einrichtungen weiterzuentwickeln, wenn sie sich inklusiv ausrichten. Das gilt auch für Häuser wie Wohnheime oder Werkstätten, die bereits mit Menschen mit Behinderung arbeiten. Dr. Christina Herrmann und Karin Reisige vom Nell-Breuning-Haus als dritter Modellstandort haben mit Verantwortlichen gearbeitet, sie begleitet und beraten auf dem langen Weg. Einen Zugang zum sperrigen Thema erschließt die Einsicht, dass die Zielsetzung mit der des Bundesteilhabegesetzes identisch ist. Das ernst zu nehmen, erfordert eine selbstkritische und zugleich partizipative Untersuchung der Barrieren, die der eigene Betrieb im Umgang mit Menschen mit Lernschwierigkeiten aufweist. Es muss viel gesprochen werden zwischen allen Beteiligten, einschließlich Angehörigen und Betreuenden. Verbindlich wird es dann durch Betriebsvereinbarungen, Kontrolle, Qualifizierung von Führungskräften und manches mehr.

Komplex und anspruchsvoll ist das alles, aber machbar, manchmal sogar unter Zeitdruck. So hatte Projektkoordinator Stefan Braun alle Beteiligten kurzfristig dafür gewinnen können, sich beim Seminar in möglichst einfacher Sprache auszudrücken. Eine Rückmeldung in der Werbephase zur Veranstaltung hatte aufgezeigt, dass die mögliche Teilnehmendengruppe der Menschen mit Lernschwierigkeiten nicht gut im Blick gewesen war. So stand es der AKSB gut zu Gesicht, aus dieser Kritik zu lernen und rasch noch Werbung, Abläufe, Bild-, Schrift- und gesprochene Sprache einfach zu gestalten. Bei nächsten Aktivitäten dieser Art werden die sportlichen Erfahrungen tragen – ein Beispiel aus erster Hand für das Organisationslernen, das vielen Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung ins Haus steht, wenn sie sich bewusst auf den Weg zur Inklusion machen.

Abschließende zusätzliche Infos

Vorträge und weiterführende Links sind auf der Website der AKSB dokumentiert. Dort finden sich auch grundsätzliche Informationen zum Projekt. *Wie geht Demokratie? Inklusive Demokratiebildung für Jugendliche und junge Erwachsene mit geistiger Behinderung* wird gefördert durch das BMFSFJ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Politische Bildungsarbeit im Strafvollzug – vergebene Liebesmüh?

Für Inhaftierte, aber auch Straftatklasse erscheint die Aussicht auf Teilhabe gering. Warum politische Bildung dennoch genauer auf die Situation von Strafgefangenen schauen sollte

Die Bundestagswahl 2021 steht ins Haus. Wie aber sieht es mit der Wahlbeteiligung von deutschen Staatsbürger/-innen aus, die in dieser Zeit in einem Gefängnis leben? Das passive Wahlrecht ist ihnen verwehrt, sie können sich also nicht zur Wahl aufstellen. Aber andere wählen können Strafgefangene, wenn sie das Interesse daran aufbringen, berichtet der Nürnberger Gefängnisseelsorger Andreas Bär im Gespräch mit *AKSB-inform*.

Viel zu erwarten haben sie von der deutschen Gesellschaft nicht. Den Staat und seine demokratischen Formen verknüpfen Gefangene oft konkret mit der Anstalt, die sie sanktioniert und in ihrem Leben stark einschränkt. Manches, was sie hinter Gittern erleben, lässt sie daran zweifeln, dass alles mit rechten Dingen zugeht in diesem System. Das fängt bei all-

täglichen Belangen an, bei denen sie meistens nicht mitreden dürfen. Oder im Unklaren gelassen werden, selbst wenn sie rechtlich befugt wären. Wer sich jedoch juristisch ein wenig auskennt, hat deswegen noch lange keine adäquate Möglichkeit, seine Anliegen erfolgreich durchzusetzen.



So erinnert sich der Gefängnisseelsorger Andreas Bär an einen Inhaftierten, der aufgrund seiner juristischen Kenntnisse eine Petition auf den Weg brachte. „Da er sachlich und formal durchaus Erfolgschancen hatte, wurde er kurzerhand über mehrere Anstalten weiterverlegt.“, berichtet er. „Wer Mehrarbeit verursacht, kann damit schnell zum ‚Wanderpokal‘ werden.“ So reduziert sich „politische Mitgestaltung“ in der Regel auf das Vorschlagen von fremdsprachigen Sendern im Anstalts-TV, bei der Ergänzung auf dem Einkaufszettel oder Änderungswünschen bei der Speisekarte. „Mit politischer Bildung oder Interesse an Demokratie, Friedenssicherung, Rechtsstaatlichkeit oder gar Mitgestaltung von Europa hat das natürlich nichts mehr zu tun.“

Die meisten Haftgefangenen, die wählen dürfen, entwickeln daher wenig Motivation, sich für politische Meinungsbildung zu interessieren oder gar bei einer Wahl eine Stimme abzugeben, hat der Gefängnisseelsorger beobachtet. Wenn per Rapportschein an die Anstaltsleitung der Wahlschein eintrifft, wird das Kreuzchen häufig bei einer Protestpartei gemacht, um aus Sicht der Gefangenen damit den Regierenden in die Suppe zu spucken. Ein Denkkzettel für das, was schiefläuft.

Und das ist eine Menge. Die Gesellschaft schreibt die Resozialisierung groß, in ihren Gesetzen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Strafgefangene mag noch so sehr an Haltungen sowie Konflikt- und Kontaktverhalten gearbeitet haben: Auf dem Arbeitsmarkt hat er trotzdem keine Chance, wenn er offen über seine

Haftzeit spricht. „Vielfach stellen ehemalige Knackis Knackis ein. Dies erlebe ich besonders im Bereich Security und Objektschutz. Da werden Jungs gesucht, die hinlangen können“, sagt Bär.

Der Seelsorger bedauert das. Er würde sich wünschen, dass die Gesellschaft die Perspektive wechselte. Viele Strafgefangene gehen mit hohen Erwartungen und guten Vorsätzen zurück in die Freiheit. Nach ihrer Entlassung müssen sie schmerzhaft feststellen, von der Allgemeinheit weiterhin nicht erwünscht zu sein. „Verdiene dein Geld anständig – aber nicht bei mir!“ So könnte die Reaktion großer Teile der Gesellschaft auf den Punkt gebracht werden. Wie also wieder ein Teil der Gesellschaft sein, wenn man/frau nach der Haftentlassung weiterhin ausgegrenzt bleibt?

Als Gefängnisseelsorger arbeitet Andreas Bär mit den Frauen und Männern, die dieser ungewissen Zukunft entgegensehen. Das betrifft viele Fragen, vor denen sie in ihrem Leben nach der Haft stehen. Andreas Bär engagiert sich im Vorstand des „Katholische Gefängnisseelsorge in Deutschland e.V.“, der Mitglied der AKSB ist. Vom Dachverband der katholisch getragenen politischen Bildung wünscht er sich Unterstützung in dem Anliegen, dass die Gesellschaft genauer auf die Situation von Strafgefangenen schaut. Wenn diese ein Empfangsraum erwarre, der ihnen eine echte Chance biete auf ein geordnetes Leben, wäre viel gewonnen. „Auch wenn es eine gewisse Anzahl von Unverbesserlichen gibt – viele würden diesen Strohalm ergreifen.“

Impressum und Bildnachweise

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Bonn.

Erscheinungsdatum: Juni 2021

© 2021 AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Auflage: 1.200 Exemplare
ISSN: 0937-8383

Verantwortlich: Dr. Karl Weber

Redaktion: Thomas Hohenschue



Grafische Gestaltung: deus werbung, Scheidter Straße 23, 42653 Solingen.

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH, Werner-von-Siemens-Str. 13, 53340 Meckenheim.

Bildnachweise: picture alliance / imageBROKER / Gerken & Ernst (Titelseite), IMAGO / Marius Schwarz (S. 4), Foto Bischof Overbeck (S. 5): Nicole Cronauge/Bistum Essen, Foto Joachim Frank (S. 5): Christoph Hardt, Paul Haring/CNS photo/KNA, Copyright 2018, KNA (www.kna.de). Alle Rechte vorbehalten (S. 6), IMAGO / NurPhoto (S. 8), picture alliance / Daniel Kubirski (Seite: 9), Pixabay.com (S. 10, 11, 12, 20, 24), Misereor / Lino Canete (S. 13, 14), Mathias Piwko Archiv (S. 15), FFF Bensheim (S. 16), IN VIA Deutschland (S. 18), DPJW/Franz Josef (S. 23), Foto Jürgen Dusel: Henning Schacht (S. 26), Foto Rainer Schmidt: Johannes Hahn (S. 27), Deborah Kuehn (S. 29) Das Copyright für die Porträtfotos liegt bei den entsprechenden Institutionen und Organisationen.

01.07.2021	Kooperationskonferenz „Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“	online
01.07.2021	AKSB-Mitgliederversammlung im Rahmen der Kooperationskonferenz	online
02.07.2021	Infrastrukturstellenkonferenz	online
07.-08.07.2021	Fachtagung „Verschwörungsmythen und Antisemitismus im digitalen Raum - aktuelle Herausforderungen der politischen Jugendbildung“	online
08.09.2021	Fachkonferenz „Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge“	Bonifatiushaus, Fulda
15.09.2021	Fachtagung „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt/Main
20.-22.09.2021	Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit	online
27.-28.09.2021	Fachgruppensitzungen I-III	Benediktushöhe, Retzbach
05.10.2021	Fachtagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungs-politischen Bildungsarbeit“	Katholisch-Soziales Institut, Siegburg
15.11.2021	DPJW-Fachtagung	online
16.11.2021	Barcamp SV-Arbeit	online
22.-23.11.2021	Jahrestagung der AKSB	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
23.-24.11.2021	Mitgliederversammlung der AKSB	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
13.12.2021	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/Main
14.-15.02.2022	Fachgruppensitzungen I-III	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
14.-15.03.2022	Infrastrukturstellenkonferenz	
11.-12.05.2022	Medienbildung – politisch und digital „Aus Erfahrung gut?! Politische und Medien-Bildungsarbeit nach Corona“	Bonifatiushaus, Fulda
25.-29.05.2022	Deutscher Katholikentag 2022	Stuttgart
08.-10.06.2022	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
22.06.2022	Kooperationskonferenz „Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“	Ort noch offen
22.-23.06.2022	Infrastrukturstellenkonferenz	Ort noch offen
06.09.2022	Fachkonferenz „Politische Bildung - Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge“	Bonifatiushaus, Fulda
13.09.2022	Fachtagung „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt/Main
05.10.2022	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungs-politischen Bildungsarbeit“	AKSB-Geschäftsstelle oder online
21.11.2022	Fachgruppensitzungen I-III	Ort noch offen
21.-22.11.2022	Jahrestagung der AKSB - 70 Jahre AKSB	JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin
22.-23.11.2022	Mitgliederversammlung der AKSB - 70 Jahre AKSB	JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin
12.12.2022	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/Main